

Bewegung für Sozialismus  
FÖJ

**offensiv  
links**

12 | März '75

**6** WERTHEIM-ARBEITER  
WEHREN SICH

**9** SCHLECHTES GELD -  
VIELE SOLDATEN

**10** DIE KONSERVATIVE  
INTERNATIONALE

**19** UNI-NEWS

# Für Jugendzentren in Selbstverwaltung

## Die Haus- besetzung in Simmering

Samstag, den 8. Februar 1975,  
14 Uhr besetzten Jugendlichen aus  
Simmering ein leerstehendes Ge-  
bäude Ecke Simmeringer Hauptstr. /  
Gottschalkgasse. (Wo der Sechser die  
Schleife macht). In den Fenstern  
wurden selbstgefertigte Plakate und  
Transparente angebracht. "Für Ju-  
gendzentren in Selbstverwaltung" -  
lautete die Hauptlosung. An die neu-  
gierig gewordenen Passanten wurden  
Flugblätter verteilt. (Siehe Dokumen-  
tation im Blattinneren).

Die Presse wurde verständigt, die  
ersten improvisierten Erklärungen  
abgegeben. Auch ältere Nachbarn  
betonen immer wieder ihre Sympa-  
thie für diese Aktion: das Haus ist -  
jedenfalls äußerlich - in gutem Zu-  
stand. Der Besitzer ist die Baugesel-  
schaft "Österreichisches Volks-  
wohnwerk", die das Haus vermut-  
lich als Abbruchobjekt erworben hat.  
Seit vier Jahren stand es leer an einer  
belebten Durchzugstraße in Wien. Wie  
es innen ausschaute, konnten sich  
die Jugendlichen selbst überzeugen.  
Ehemalige Kleinwohnungen voll le-  
bender und toter Tauben - und Dreck.  
Unten war früher ein Kaffee eingerich-  
tet. Hier konzentrierte sich die "In-



betriebsnahme" des besetzten Hauses.  
Ein Besen tauchte auf, dann ein zwei-  
ter, und auf den Boden dieser neu-  
gewonnenen Freiheit konnte man  
bald anständig kommen und gehen  
und stehen. Ein paar zurückgelassene

Bänke wurden gesäubert und gleich  
bis zur äußersten Belastbarkeit be-  
legt. Einer sang zur Gitarre den  
frisch geborenen Simmering-Blues:  
"Wir wollen ein Jugendzentrum in

Fortsetzung auf Seite 2

## Richtung 1980

In der Februar-Nummer der "Solidari-  
tät" schreibt Prof. Klenner unter  
diesem Titel einen "richtungsweisen-  
den" Artikel über die Gewerkschafts-  
politik der kommenden Jahre. "Wen-  
de der Gewerkschaftspolitik?", so  
fragt er und gibt nach längeren Aus-  
führungen, auf die noch einzugehen

ist, auch gleich, die von ihm nicht  
anders erwartete Antwort. Er erklärte:  
"Keine Wende der Gewerkschafts-  
politik, aber - was für die Politik  
immer gilt - eine Anpassung an die  
Gegebenheiten."

Fortsetzung auf Seite 3

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt. ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX

## offensiv links

**OFFENSIV**, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

**LINKS**, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

**offensiv links** - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10  
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5,-  
Abonnement: S 50,- jährlich

Kontonummer:  
223-102-976, Länderbank Wien

Fortsetzung von Seite 1

## ...Hausbesetzung

**Selbstverwaltung in Simmering.** "An der Aktion, die von Genossen angeregt wurde, die seit einiger Zeit in den Satellitenstädten Wiens arbeiten (z.B. Großfeldsiedlung) und gemeinsam mit einer Handvoll Simmeringer Jugendlicher durchgeführt wurde, entzündete sich bald das Interesse der nahen und fernen Umgebung des Stadtviertels. Bald drängten sich an die hundert junge Mädchen und Burschen im "Cafe". Ein Campingkocher wurde gebracht, einiges aufgefundenes Geschirr durch eilig Herbeigeschafftes ergänzt, und der erste Tee konnte - sogar mit Zucker serviert werden, dazu einige dünn bestrichene Brote. Über ein Handmegaphon wurde der Sinn dieser Aktion erläutert und für später eine Besprechung angekündigt, an der sich alle Interessierten beteiligen konnten und sollten. Auch die Polizei traf mittlerweile ein. Sie stellte sich in gehörigem Abstand mit einem Streifenwagen auf Beobachterposition. Erst eine telefonische Intervention des einen oder anderen besorgten Nachbarn - direkt gegenüber dem besetzten Haus befindet sich eine noble Niederlassung Mauthner Markhofs, dessen Portier die Ereignisse mit sichtlicher Erregung verfolgt hatte - scheint die Ordnungshüter noch vor Eintreffen der obersten Instanz, der Staatspolizei, veranlaßt zu haben, nach dem Rechten zu sehen. Ein uniformierter Beamter maß gewichtigen Schrittes die Räumlichkeiten unten und oben ab und entfernte sich wieder wortlos. Die erste Spannung legte sich auch unter den Jugendlichen. ("Nicht anrempeln, nicht anstänkern, sich nicht provo-

zieren lassen" - ging von Mund zu Mund.) Weniger wortlos dafür aber ratlos waren die Vertreter der Staatspolizei, denen höflich aber bestimmt keine Auskunft erteilt wurde. Bei der von den meisten Anwesenden mit lebhafter Anteilnahme verfolgten ersten Besprechung über die zentrale Frage "Was nun - was tun?" wurde für den nächsten Tag eine ordentliche Vollversammlung und die Wahl eines Komitees angekündigt. Klarheit herrschte allgemein schon bei diesem ersten Meinungsaustausch darüber, daß es sich angesichts des Zustandes des Hauses weiterhin nur um einen demonstrativen Akt handeln sollte. Jede Versteifung darauf, das Haus auf Dauer in Beschlag zu nehmen und auf Perspektive sich darin heimlich bzw. heimelig einzurichten, wurde als unrealistisch erkannt und abgelehnt. Daher sollte das Ausmaß der Inbesitznahme und die Dauer der Besetzung sozusagen von "außen" bestimmt werden. Weitere Schritte sollten dazu beitragen, die Sache propagandistisch weiterzutreiben, die zuständigen Instanzen auf Trab zu bringen, sie durch ihre eigenen Reaktionen und Handlungen in ihrer Rolle praktisch erkennbar und kritisierbar zu machen.

Am Sonntag, den 9. Feber 1975 kamen immer neue Besucher und Interessenten, wurden weitere Flugblätter verteilt, nach denen echtes Bedürfnis bestand - was tut's ihr da? -, wurde innerhalb und außerhalb des Hauses diskutiert und schließlich die Vollversammlung abgehalten, von der ein vollverantwortliches Komitee gewählt wurde. (Wahlvorschlagsmodus: wer will mitarbeiten?) Das Komitee zog sich in die oberen Räume zurück und beratschlagte über das weitere Vorgehen. Die Staatspolizei beschränkte ihre Tätigkeit darauf, sich in aller Form nach den Schlußzeiten des "Lokals" zu erkundigen. Es wurde beschlossen, Delegationen zum zuständigen Bezirksrat (Paulas) zu schicken, im "Cafe" täglich von 16 bis 21 Uhr regelmäßigen Betrieb zu führen und mit der Ausgestaltung der unteren Räumlichkeiten zu beginnen.



Im Laufe der darauffolgenden Woche wurden Fenster geputzt, die Wände mit Plakaten beklebt, neue Sitzmöglichkeiten geschaffen, alles in allem unter den gegebenen Umständen (kein Strom, kein Wasser, keine Heizung) das Haus etwas wohnlicher gestaltet. Kontakte wurden aufgenommen, Sympathieerklärungen entgegengenommen, Polizeibesuch samt Hunden empfangen und hinausbegleitet, der "rechtmäßige" Besitzer aufgesucht und über den politischen Zweck seiner vorläufigen Enteignung aufgeklärt, sowie Maßnahmen unternommen, um der zunächst geringen Publizität etwas nachzuhelfen. (Die Polizeidirektion tat freundlicherweise von sich aus den Gefallen, ihren

Beitrag durch eine eigene Presseausendung an alle Wiener Redaktionen zu leisten.) Es wurde eine Pressekonferenz am Mittwoch, den 12. Feber veranstaltet, zu der zwar wenige Vertreter der öffentlichen Meinung erschienen waren, die aber dennoch bewirkte, daß in den wichtigsten Tageszeitungen von der Hausbesetzung und den Forderungen der Jugendlichen Notiz genommen wurde. (Die "Volksstimme" ignorierte die Sache völlig. Sie ist freilich nicht die "ihre". Als zwei Vertreter der KJÖ, die ihre Solidarität bekunden wollten, darauf angesprochen wurden, erklärten sie zunächst, daß sie davon nichts wüßten – sie lesen sicher auch nur die "Kronen-Zeitung" –, später

sagten sie, daß sie für die "Volksstimme" ja nicht verantwortlich wären. Womit sie hoffentlich recht haben.) Auch im Fernsehen und Rundfunk (Österreich-Bild und Musikbox) wurde auf die Hausbesetzung in Simmering und ihre Hintergründe eingegangen. Am Samstag, den 15. Feber wurde eine Demonstration im Bezirk durchgeführt, an der sich dreihundert Jugendliche und auch ältere Personen beteiligten. In einer Rede wurde Rechenschaft über die bisherige Arbeit gegeben. Angesichts des bei vielen Bewohnern des Viertels tief eingesessenen Mißtrauens gegenüber jugendlichen "Halbstarken", die bis dahin in der Regel nur durch Unfug und verschiedene Zwischenfälle von sich re-



Fortsetzung von Seite 1

## ...Richtung 1980

Da dieser Artikel in der "Solidarität" einen zentralen Platz einnimmt ist damit bereits angedeutet, was einflußreiche Kreise im ÖGB für Vorstellungen bezüglich der nächsten Jahre haben. Die Fortsetzung der Politik der "Sozialpartnerschaft" soll unter allen Umständen garantiert werden.

Schöner könnte es auch nicht in einem der Unternehmerblätter heißen, schreibt doch der Kollege Professor: "... Es können nicht alle Menschen gleich viel haben – abgesehen vom Kapitalbesitz sind auch die Leistungen unterschiedlich – aber mehr Gerechtigkeit in der Einkommensverteilung müssen wir anstreben... "

Es ist bezeichnend für die Theorie der Sozialpartnerschaft, daß sie "abgesehen" vom Kapitalbesitz von der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung spricht, die durch die Leistungsgesellschaft gegeben ist. Als ob ein Manager das zwanzigfache von hochqualifizierten Arbeitern und Angestellten leisten würde.

Solange die Gewerkschaftsbewegung vom Kapitalbesitz absieht, solange werden die arbeitenden Menschen zum Handkuß kommen. Der Professor kennt doch die statistischen Unter-

lagen, die die Arbeiterkammer in reichlichem Maße zur Verfügung stellt. Dort steht klar und deutlich, daß sich in der Einkommensverteilung seit Jahrzehnten nichts zugunsten der Lohnabhängigen geändert hat. Daraus kann man doch nur ableiten, daß die gerechtere Einkommensverteilung ein leerer Wahn ist, solange vom Kapitalbesitz abgesehen wird. Aber der Kollege Professor wird noch deutlicher. Er legt den arbeitenden Menschen die Sorgen der Wirtschaft dar. Die Wirtschaft fordert ihren Tribut, heißt es da. Strukturverbesserungen, Investitionen, Forschung, das alles muß gefördert werden. Und nach seiner Auffassung können "Investitionen aber nur dann getätigt werden, wenn ein Betrieb rentabel arbeitet und nicht zuviel abgezweigt wird. 'Gewinne' dürfen nur in vertretbarem Maß in die Taschen der Eigentümer fließen; denn sonst kann von den Arbeitnehmern kein Verständnis dafür erwartet werden, daß auch sie durch nicht zu hohe Lohnsteigerungen ihr Scherflein zur besseren Betriebsausrüstung beitragen müssen."

So steht es wörtlich in dem zentralen Gewerkschaftsorgan. Die Gewerk-

schaften haben, laut Klenner, also die Profitgesellschaft bedingungslos anzuerkennen, das einzige was sie dürfen, ist die Profite nur im vertretbaren Maße zuzulassen. Was das heißt spielte uns gerade die Zuckerindustrie vor. Gleichzeitig wird von den Arbeitern verlangt, auf größere Lohnerhöhungen zu verzichten, damit die Unternehmer ihr Kapital und damit auch ihre Macht weiter vergrößern können.

Keine Einengung der Macht der Unternehmer wird verlangt, keine Kontrolle und Entscheidung durch die Arbeiter wird gefordert, sondern Unterordnung unter die Interessen des Kapitals.

Dem entspricht auch Klenners Vorstellung über Mitbestimmung. Er schreibt: "... Wir müssen das richtige Maß finden welches dem Arbeitnehmer das Bewußtsein vermittelt, tatsächlich als Betriebsbürger gewertet zu werden, das aber der Geschäftsleitung ausreichend Autorität und Initiative zur geordneten Betriebsführung läßt."

Diese Politik soll – laut Klenner, – vom ÖGB fortgesetzt werden. Wir sind da ganz anderer Meinung. Der ÖGB müßte sich von der Bindung an die Politik der Sozialpartnerschaft lösen und eine Wende beschließen, die den Gewerkschaftsbund zu seiner historischen Aufgabe zurückführt, Organ des Klassenkampfes der Arbeiterschaft zu sein. ■

den machten, wurde besonders betont, daß der Betrieb im besetzten Haus in alleiniger Selbstverwaltung der Jugendlichen aufrecht erhalten wurde, daß kein Alkohol ausgeschenkt wurde, daß kein Alkoholisierter "Stunk" machen konnte, daß keinerlei handfeste Konflikte zwischen den zahlreichen Gaffern und Gästen des



Betriebes aufgetreten sind. Nach der Demonstration wurde ein G'schnas gefeiert. Die Eintrittspreise und der Buffetertrag wurden – wie alle Spenden – dem Solidaritätsfonds zugeführt. Hier ereignete sich der einzige Zwischenfall, auf den noch weiter unten kurz eingegangen werden soll.

Am Sonntag war normaler Betrieb, am Montag wurde ein Ruhetag eingelegt. Die Zeit wurde anderweitig genutzt: im amtlichen Jugendzentrum in der Großfeldsiedlung wurde kurzfristig der Clubkartenzwang abgeschafft und unter dem Jubel der Jugendlichen wurde von den Simmeringer Hausbesetzern über ihre Aktion berichtet und die Jugendlichen aufgefordert, in den bestehenden Jugendzentren für Selbstverwaltung zu kämpfen.

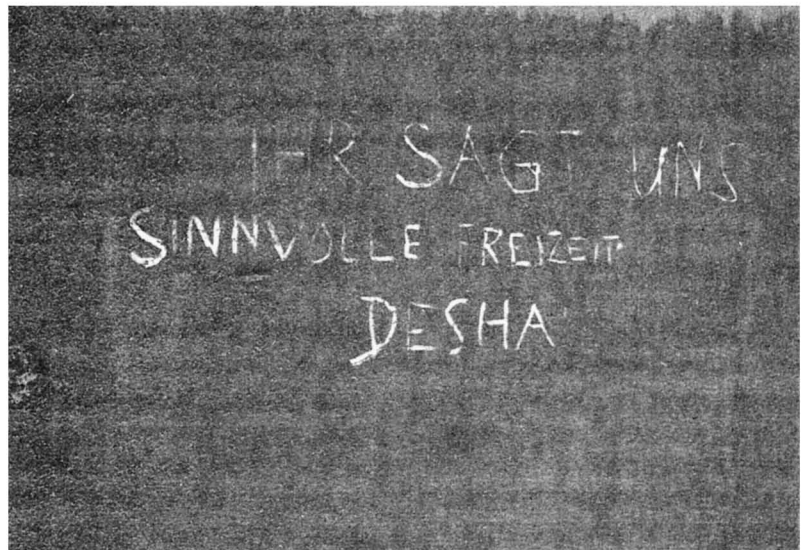
Am Mittwoch, den 19. Feber schließlich trat das ein, was schon viel früher erwartet wurde. Um 8 Uhr früh fuhr ein Bulldozer die Tür ein und die Abbrucharbeiten unter Polizeibewachung begannen. Die Bauarbeiter haben auf ihre Weise Solidarität gezeigt: alle Transparente und Gegenstände der Hausbesetzer wurden fein säuberlich aufgehoben und dem Komitee übergeben. Am Abend versammelten sich an die 50 Jugendli-

che vor dem Haus, in dessen unteren Räumlichkeiten der Bulldozer parkte. Die Staatspolizei bezog Posten und hinter dem Häuserblock warteten zwei Polizeiautobusse voll belegt auf ihren Einsatz. Die Jugendlichen stiegen ihrerseits in Kombibusse und fuhren den nervösen und verwirrten Staatspolizisten auf und davon. Im Club Links wurde für sie ein Filmabend veranstaltet. Gezeigt wurde "Der gewöhnliche Faschismus". Viele der Jugendlichen, die einige Male gegen die Provokationen der Neonazis mitdemonstriert hatten, erhielten Gelegenheit, über die politischen Zusammenhänge einen Film zu sehen, der ihre eigenen Motive, gegen Nazi, gegen Boden- und Abbruchspekulation, gegen Polizei und sozialdemokratische Stadtväter, gegen das herrschende System heute und seine möglichen Auswüchse morgen zu veranschaulichen half.

Für uns, die wir diese Aktivitäten der Jugendlichen in Simmering von Anfang an unterstützt haben, ohne sie politisch zu "vereinnahmen" (unseren Stempel einfach daraufzudrücken), ergeben sich einige Überlegungen bezüglich der Erfahrungen, die dabei von den Jugendlichen und von uns gemacht wurden. Wenn man auch Selbstverwaltung meinen – von Anfang an. Dazu gehört die Autonomie der Betreffenden, die sich zu einer Aktion entschlossen, welche von ihren eigenen Bedürfnissen motiviert, von unseren Erfahrungen unterstützt wurde. Ihre Motive haben sich erweitert – zu Einsichten, die

sie spontan und doch schon organisiert gemacht haben. Unsere Erfahrungen haben sich erweitert – zu anschaulicher Praxis, zur praktischen Bestätigung. Wir sind nicht dahinter gestanden und nicht davor. Wir waren nach unseren Kräften und Möglichkeiten mitten darin. Einige Vertreter der "Volksavantgarde" (Maoisten), die mit einer Woche Verspätung am Schauplatz der Ereignisse auftauchten, um den Verlauf der Dinge in die eigene, in die sektiererische, weil nur auf den eigenen Körper, auf die eigene Organisation bedachte Hand zu nehmen, mußten blessiert und – was wichtiger ist – blamiert abziehen. (Nachher hing beim Eingang ein Plakat aus: "Parteipolitikern Eintritt verboten!") Am kurzen Scheitern dieser "Intervention", um sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, diese notfalls zu imitieren, am entlarvten Dünkel, den sie zur Schau tragen, läßt sich unsere Überzeugung zusammenfassen: Kämpfe – im Betrieb, in der Ausbildung, am Wohnort – entstehen aus Interessen und Bedürfnissen. Sie können aufgegriffen und unterstützt, sie können nicht einfach "geführt" werden.

Die Jugendlichen in Simmering, die oft aus den desolatesten sozialen Verhältnissen herkommen – weil sie Proletarierkinder sind – haben Verantwortlichkeit, weil Selbstverwaltung, Disziplin, weil Selbstbestimmung, Kampfgeist, weil Identifikation mit sich selbst erfahren. Von diesen Erfahrungen ausgehend soll es weitergehen. Wir bleiben dabei. ■



# Ombudsman Benya?

Jede Zeitung, die etwas auf sich hält, hat sich schon einen Ombudsman angeschafft. Jeder dieser Ombudsman verspricht seinen Lesern Beschwerden aufzugreifen, gegen Unrecht und Bürokratie anzukämpfen, kurz gesagt, zu helfen, wo Not am Mann (oder an der Frau) ist.

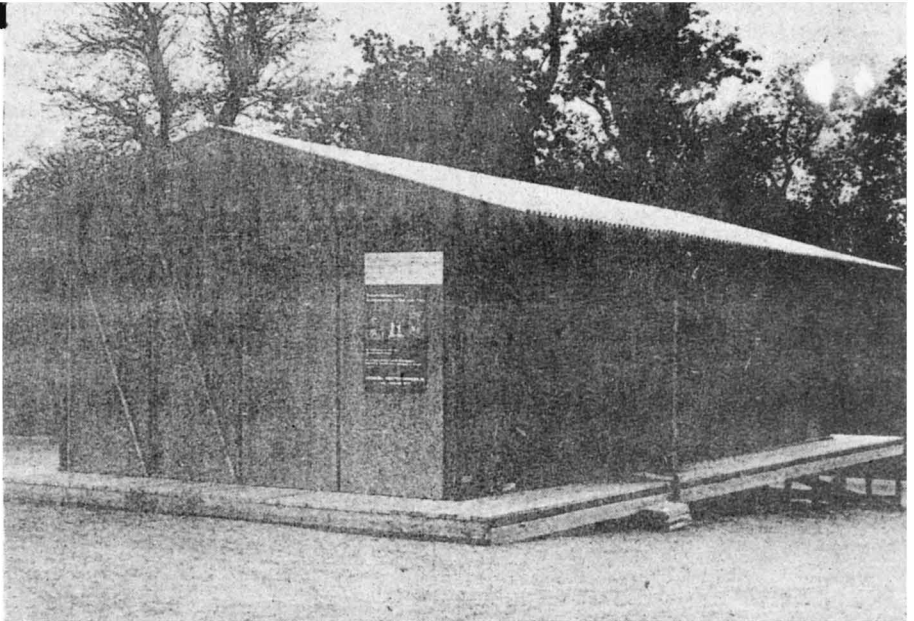
Da auch die öffentlichen Institutionen mit der Zeit gehen müssen, hat die Wiener Stadtverwaltung einen Spitalsombudsman und das Unterrichtsministerium einen Ombudsman für die Schulen eingerichtet.

Nur die Industrie hat noch keinen. Oder doch? Da liegen sich die verstaatlichte "Chemie-Linz" und die Teppichhersteller wegen der Nadelfilze in den Haaren. Hat die Chemie-Linz eine "unsaubere Gangart" wie Dr. Wilhelm der Chef der Teppich-Firma Eybl behauptet? Hat vielleicht die Teppichindustrie – wie Linz kontert – nur Angst vor einer neuen Konkurrenz? (Das heißt, daß sie um ihre Profite fürchtet?)

Weil es aber für "solche Sachen" noch keine Beschwerdestelle und keinen Ombudsman gibt, sucht man sich einen. Und wen sucht sich der Dr. Wilhelm dazu aus?

Das ÖVP "Volksblatt" vom 7. Februar weiß es: "Dr. Wilhelm habe deswegen u. a. mit ÖGB-Chef Benya Kontakt aufgenommen." Der hat natürlich abgelehnt und gesagt: "Das ist doch Eure Sache, mich als Gewerkschafter geht das doch nichts an." Das meint der Laie. Wir wissen es besser! Benya hat sich eingeschaltet. Volksblatt: "Doch auch Benyas Bemühungen bei Chemie-Linz AG um eine Änderung dieser Aktivitäten hatten keinen Erfolg gehabt."

Wird sich die Industrie vielleicht jetzt um einen anderen Ombudsman umschauen?



## Notwohnungen für Vietnam

Im Rahmen des Österreichischen Nationalkomitee für Vietnamhilfe haben wir uns an einem Notwohnungsprojekt für Nordvietnam mit einem Teil der eingegangenen Spenden beteiligt.

Die ÖGJ (Österreichische Gewerkschaftsjugend) ist Trägerorganisation dieses Projektes. Außer FÖJ-Bfs und Offensiv Links sind folgende Organisationen daran beteiligt: Caritas, Jugendrotkreuz, Diakonisches Werk, Naturfreundejugend, Kommunistische Jugend, Kommunistischer Studentenverband, Bund demokratischer Frauen, Kinderland Junge Garde. Insgesamt konnten für dieses Projekt 2,2 Millionen Schilling aufgebracht werden, die dann von der Bundesregierung mit 4,3 Millionen Schilling zu einer Gesamtsumme von 6,5 Millionen Schilling aufgestockt wurde. Mit dieser Summe konnten 500 Familienwohneinheiten gekauft werden, die vom Internationalen Roten Kreuz kostenlos nach Nordvietnam gebracht werden. Das Internationale Rote Kreuz stellt auch Techniker zum Aufbau dieser Häuser zur Verfügung.

Über das zweite Projekt, an dem wir uns beteiligt haben, werden wir noch berichten.



26. Februar 1975 bis 27. März 1975

RENÉ MARCEL RIVIÈRE

Malerei und Grafik

URSULA PRESSLER – Literaturabend

5. März 1975 19.30 Uhr

## GALERIE AUSTERLITZ

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 – Telefon 42 50 654

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14–19 Uhr, Samstag 10–13 Uhr

# Wertheim-Arbeiter wehren sich

Die internationalen Krisenerscheinungen und damit verbunden die Arbeitsplatzsorgen vieler Arbeiter und Angestellter brachten viele Unternehmer auf die Idee, in dieser Situation durch "Rationalisierung" die Profite zu retten. Jetzt, so meinen sie, werden sich die Arbeiter eher einschüchtern und leichter antreiben lassen.

Wie aus informierten Kreisen bekannt wird, steht die Wirtschaftskammer hinter diesen Überlegungen. Schließlich sollen hohe Arbeitslosenzahlen einen Wahlsieg der ÖVP bringen.

So dachten auch die Herren der Firmenleitung der Firma WERTHEIM. Dem Betriebsrat wurde eine Kündigungsliste vorgelegt. Man jammerte über Schwierigkeiten in zwei Abteilungen. Doch bei WERTHEIM gehen die Uhren anders. Die Herren bissen auf Granit. Schließlich vereinbarte man eine Aktion zu starten, bei der jedem "Mitarbeiter", der freiwillig auf seine Mitarbeit verzichte, zusätzlich eine Abfertigung gegeben werde. Freiwilligkeit ohne Druckausübung auf Arbeiter war die Bedingung für diese Vereinbarung.

Da geschah es. Einige Arbeiter, die die Leitung nicht gemeint hatte, kündigten. Um zu verhindern, daß auch noch mehr "falsche" Arbeiter gehen, wollte die Direktion die Aktion nur auf zwei Abteilungen reduzieren. Der Betriebsrat lehnte dies natürlich ab und erkannte daran, daß es in der Firma genügend Aufträge gab. Schließlich wurden trotz Vereinbarung einige Arbeiter von der Direktion "gebeten", von der Aktion Gebrauch zu machen.

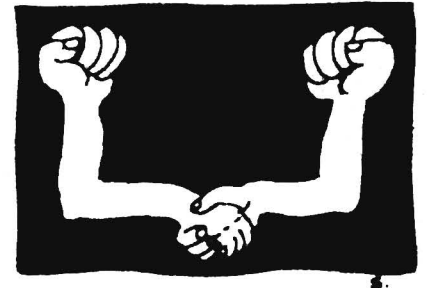
In dieser Situation, die deutlich machte, daß es in erster Linie darum ging, durch die Krisenangst die Arbeiter zu verunsichern und "überflüssige Mitarbeiter" anzubringen, verlangte der Betriebsrat Kündigungsstopp und Abblasen der Aktion.

Es kam zu einer gemeinsamen Betriebsversammlung von Arbeitern und Angestellten, in der die Einstellung der Überstunden und die Einrichtung eines Solidaritätsfonds zur Unterstützung von Abwehraktionen beschlossen wurde. Anschließend an die Betriebsversammlung wurde ein kurzzeitiger Proteststreik durchgeführt.

Am 14. Februar 1975 konnte das Aktionskomitee, das sich zur Abwehr der Kündigungsmaßnahmen gemein-

sam mit dem Betriebsrat gebildet hatte, folgendes mitteilen: Es besteht mit dem Vorstand der Firma Übereinstimmung, daß "...keine Kündigungen notwendig sind..."

Die WERTHEIM-Arbeiter haben erneut demonstriert, daß die wirksamste Abwehr von Unternehmerangriffen die Kampfbereitschaft der Arbeiter ist.



## Streik in Schwertberg

Am Donnerstag, den 23. Jänner 1975 weigerten sich die Arbeiter der Früh- schicht der Firma ENGEL das Werks- gelände zu betreten. Ihnen schloß sich im Laufe des Tages die gesamte Arbeiterschaft an.

### WIE IST ES DAZU GEKOMMEN ?

Die Firma ENGEL KG., die es seit 1945 gibt, hat nach einigen Anfangs- schwierigkeiten mit der Produktion von Spritzgußmaschinen begonnen. Im Laufe der Zeit erreichte die Arbeit der Beschäftigten internationalen Ruf. Heute zählt das Werk mit seinen 600 Arbeitern und 200 Ange- stellten zu den renommiertesten pri- vatwirtschaftlichen Maschinenbau- firmen Österreichs. (Mit 600 Milli- onen Schilling Jahresumsatz gar die sechstgrößte der Welt !)

Die Investitionen für diesen Aufstieg wurden auf Kosten der Arbeiter ge- tätigt: einerseits durch Einsparung bei der Arbeitsplatzgestaltung, wie z. B. beim Bau einer großen Maschi- nenhalle, wo auf Fenster und Lüftung verzichtet wurde; andererseits durch steigende Arbeitshetze. Dafür sorgte der vor eineinhalb Jahren als Betriebs- leiter eingestellte Herr HAHNL. Er

erstellte ein Zehn-Punkte-Rationali- sierungs-Programm das unter anderem extrem kurze Verteilzeiten vorsah. Er führte bei der Betriebsführung früh- kapitalistische Urtöne ein, drohte sei- nen Untertanen mit "Watschn" und Entlassungen, setzte sich über den Betriebsrat hinweg und fixierte auto- ritär Beschlüsse, wie z. B. den Ter- min eines gemeinsamen Werksurlau- bes.



STREIK BEI ENGEL KG

Nicht so sehr die Maßnahmen, sondern die Art, wie Herr H. sie durchzusetzen pflegte, stieß die Arbeiter vor den Kopf. So lautete auch die einzige Forderung im Streik, den Betriebsleiter abzusetzen. Dem Streik, der spontan und für viele überraschend begann, schlossen sich außer den Gasterbeitern, Lehrlingen und Angestellten alle Arbeiter an. Im Verlauf erhielt der Betriebsrat, der die Streikleitung übernommen hatte, aus einer Vielzahl von Betrieben Solidaritätstelegramme und Geldspenden. Eine besonders wertvolle Unterstützung waren die Ehefrauen der Streikenden.

#### DIE GEWERKSCHAFTSBÜROKRATIE GREIFT EIN

Die streikenden Arbeiter schockten Unternehmerseite und Bürokratie gleichermaßen. Während auf Sozialpartnerschaftsebene verhandelt wurde, versuchte die ÖGB-Spitze den Kampfgeist der Arbeiter zu brechen: Bei einem Fernsehinterview sprach ein Funktionär von einem "wildem Streik". Der oberösterreichische Arbeiterkammerpräsident SCHMIEDL selbst überraschte die Arbeiter mit der Aussage, er hätte anderes zu tun, als sie bei ihm vorsprechen wollten.

#### DAS ENDE

Dienstag wurden die Arbeiter mit dem Verhandlungsergebnis, HAHNL als freien Mitarbeiter weiterbeschäftigen, konfrontiert. Dieser faule Kompromiß stieß jedoch auf heftige Ablehnung. Das am nächsten Tag gebildete Streikkomitee hatte aber keine andere Wahl als klein beizugeben, weil die ÖGB-Bürokratie dem Streik bis zuletzt die offizielle Anerkennung und damit die Auszahlung von Streikgeldern versagte. Nach fünfeneinhalb Tagen wurde der Streik abgebrochen – HAHNL bleibt der Firmenleitung und leider auch den Arbeitern als Konsulent erhalten.

#### ERFOLG DER SOZIALPARTNERSCHAFT

Die Belegschaft und auch die anderen Schwertberger, die die Auseinandersetzung mit großer Aufmerksamkeit verfolgten, waren von der Verzichtspolitik der Gewerkschaft sehr ent-

täuscht. Was blieb, war neben dem positiven Solidaritätserlebnis Mißtrauen gegen Gewerkschaft und Firmenleitung – und das mit gutem Grund: Am Freitag, den 14. Feber wurden 50 Arbeiter und 10 Angestellte wegen "Auftragsmangel" gekündigt!

Es war wieder ein Erfolg der Sozialpartnerschaft, der es gelungen ist,

eine selbständige, solidarische Aktion der Arbeiter abzuwürgen. Im Interesse des Kapitals konnte bei ENGEL wieder für Ruhe gesorgt werden. Jetzt erfuhren die Arbeiter am eigenen Leib, daß die Sozialpartnerschaftspolitik der Gewerkschaft und der SPÖ nicht einmal die unmittelbarsten Interessen der Arbeitenden zu befriedigen vermag.

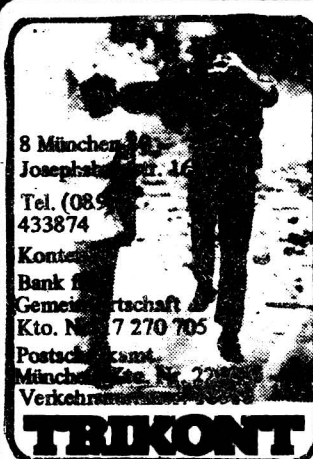
## Wieder Kündigungen

In ORF hat man die Geschehnisse um die JUNIOR-Werke die "Politik der verlängerten Werkbank" genannt: Die JUNIOR-Werke in Köflach, die Fahrradteillfabrik SILVER PARIS in Gleisdorf und deren Tochtergesellschaft STAHL GesmbH in Pichling kündigen:

750 Arbeiter in Köflach und Gleisdorf stehen auf der Straße, 100 weitere in Pichling warten auf die Entscheidung. – Der Unternehmenskomplex gehört der US-Firma STEBLING. Sie begründet die Stilllegung mit Absatzschwierigkeiten infolge

der Krise und mit dem gesunkenen Wechselkurs des Dollars. Wir sehen, wie sich alle Befürchtungen über das Treiben von ausländischem Kapital in Österreich modellhaft erfüllen.

Interessant ist nun, daß die STEYR-Werke vor einiger Zeit Interesse an den JUNIOR-Werken anmeldeten. Am 19. Feber 1975 hingegen gaben sie bekannt, daß sie voraussichtlich in ihrem Werk in Graz Kündigungen vornehmen müßten, aber nur im Bereich der Fahrradproduktion. Worauf spekuliert STEYR ???



8 München 80  
Josephsplatz 16  
Tel. (089) 433874  
Konten:  
Bank für  
Gemeinschaft  
Kto. Nr. 7 270 705  
Postfachamt  
München Kto. Nr. 270 705  
Verkehrsbank  
**TRIKONT**

### Abo

Unsere Bücher (Reihe Schriften zum Klassenkampf, Trikont-Theorie, Trikont-Texte, Romane, Reportagen, Autobiographien, Frauenoffensive, Proletarische Front) können entweder insgesamt oder jede Reihe für sich abonniert werden. Abonnenten erhalten für die Preise einen Rabatt von 15%. Das Abo läuft für 1 Jahr unkündbar und kann dann vor Auslieferung der einzelnen Titel gekündigt werden. Wir können Auflagen und Preise besser kalkulieren, wenn ein großer Teil durch die Abos fest vorbestellt ist.

### Reihe ROMANE

### REPORTAGEN

### Autobiographien

---

### Trikont

8 München 80  
Josephsplatz 16

### SABATE

Studienfilm in Spanien nach dem Bürgerkrieg 1945-1950  
Aufzeichnungen von Antonio Teller



Louis Adamic  
**DYNAMIT**  
Geschichte des Klassenkampfes in den USA  
(1880-1930)



Selbstorganisierte Komitees und Kampf der IndioInnen  
Einkauf und drückend  
Dokumente aus dem Kampf gegen die weißen herrschende Klasse in den USA

### Die Wunden der Freiheit

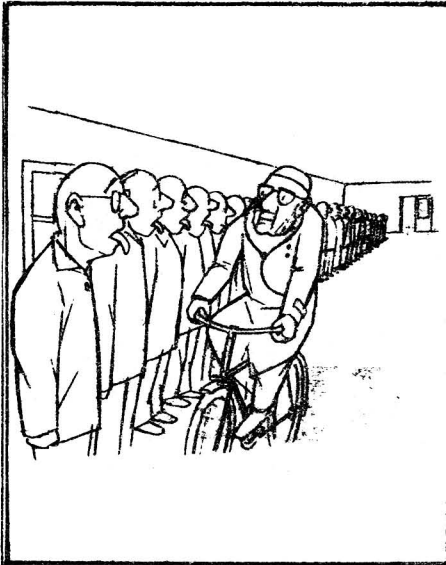
von Betty Jean Kohn  
1973



# Kommunalpolitik

Ende Jänner legte Gesundheitsstadtrat STACHER den Wiener "Spitalsplan" vor. Gleichzeitig schockte – wieder einmal – der "Kurier" seine Leser: 13 Milliarden Schilling würden fehlen, um den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses bis 1983 fertigzustellen, und dann wäre er bereits veraltet. Woher diese Zahl stammt, ist nicht ganz klar. Ganz aus der Luft gegriffen ist sie aber nicht. Das Projekt des Allgemeinen Krankenhauses wird im Verhältnis 50 : 50 von Bund und Stadt Wien finanziert. Nun hat der paritätisch beschickte Spitzenausschuß Jahresraten von 950 Millionen festgelegt. Budgetiert sind aber nur 540 Millionen. Dazu kommt, daß man erst jetzt beginnt, auch Baukostensteigerungen in der Planung zu berücksichtigen ! Ergebnis: Der Bauabschluß, nach jahrelangen Debatten ursprünglich für 1978 in Aussicht genommen, wird sicher auch 1983 noch nicht erfolgen. Stacher selbst hat von der "Zurückgebliebenheit und Planlosigkeit des Wiener Gesundheitswesens" gesprochen. Er will sie jetzt dadurch beheben, daß er Wien in vier Versorgungsräume mit vier Spitalsgruppen einteilt. Ob dies zweckmäßig ist, bleibt umstritten. Weit stärker fällt eine Reihe anderer geplanter Maßnahmen ins Gewicht:

Bekannt ist der Bettenmangel. Aber selbst von den vorhandenen Betten können im Durchschnitt 1000 aus Schwesternmangel nicht belegt werden. Das führt dazu, daß viele krankenhausreife Patienten einfach abgewiesen werden. Vorsorgliche Ärzte reagieren bisweilen darauf damit, daß sie bewußt Fehldiagnosen erstellen, um den Patienten doch noch reinzubekommen. Stacher will das Problem lösen, indem er die "durchschnittliche Aufenthaltsdauer" von 15 auf 12 Tage verkürzt und die Alten in eigene Pflegeheime schickt. Man möge sich vorstellen, was das bedeutet, wenn jetzt schon nur mehr dringendste Fälle bleiben können – und wen es trifft : es ist ohne Übertreibung ein sehr schwerwiegender Anschlag auf die ärztliche Betreu-



ung der Bevölkerung. – Vier "Großbauvorhaben" zugleich kann die Gemeinde offenbar nicht verkraften. Allerdings fragt es sich, wieso sie gerade für die Donauinsel, auf das unwichtigste davon, gleich doppelt soviel aufwendet wie für das Allgemeine Krankenhaus. Hochwasserschutz und neue Stadtachse mögen gut sein. Aber um den Preis der Verbesserung des Gesundheitswesens ?

## Donauinsel?

Nun ist uns also die Donauinsel sicher. Beim Wettbewerb vergangenen Sommer zeigte man sich großzügig. Man nahm sogar das POTYKA-Projekt, das den Inselbauern nicht so ganz entsprach, in die engere Auswahl. Es sah die Einbeziehung des gesamten Bereichs Alte Donau in ein Erholungsgebiet vor. Das Entlastungsgerinne sollte die Alte Donau entlang geführt werden. Nun wurde dieses Projekt endgültig ausgeschieden. Von vornherein wäre dies noch kein Unglück. Der Gedanke, durch eine Zentralachse Praterstern – Donauinsel – Alte Donau, die Gebiete jenseits der Donau in die Stadt einzubeziehen, ist sicherlich glücklicher, als dem Überschwemmungsgebiet auch noch den heutigen bescheidenen Wert zu nehmen, und die Stadt durch Dämme noch stärker zu teilen. Nach den bisherigen Erfahrungen allerdings wird man das ungute Gefühl nicht los, daß halt wieder ein Geschäftsbereich geschaffen werden soll, und das übrige schöne Gerede bleibt. Und das für den Aufwand von heuer allein 528 Millionen Schilling.

## Antikommunistische „Volksstimme“

Unter dem Titel "Antikommunistische 'Praxis'" läßt die "Volksstimme" Beschimpfungen nicht nur gegen die gemaßregelten jugoslawischen Marxisten los, sondern auch gegen alle, die es wagen, für sie Partei zu ergreifen. Es entgeht dabei der KPÖ, daß man hin und wieder sogar vom vermeintlichen oder wirklichen Gegner die Wahrheit über die eigenen Fehler erfahren kann. Auch vergißt sie, daß sie selbst noch vor einigen Jahren für das Tito-Regime nur die Bezeichnungen "Mörder", "Verräter", "Revisionisten" kannte und jeden in

den eigenen Reihen, der dabei nicht mitmachen wollte, zum "Erzfeind" stempelte. Aber man kann auch noch ein paar Kehrtwendungen machen, wenn die "höhere Weisheit" es gebieten sollte...

Besonders empört ist das Zentralorgan der KPÖ darüber, daß die AZ im Zusammenhang mit der Sommerschule Korčula von einem Stück sozialistischer Praxis sprach (denn das Monopol auf eine solche haben bekanntlich die KPÖ und ihre Lehrmeister), und daß jemand das Zusam-



menkommen undogmatischer Kommunisten und Liberaler, diskussionsbereiter Trotzisten und Sozialdemokraten positiv bewertet. Sollte die KPÖ wieder einmal in einer programmatischen Erklärung ihre Bereitschaft zu einem Bündnis mit Sozialisten und allen demokratisch Gesinnten kundtun, läßt sich abschätzen, wie ernst das gemeint ist. Natürlich sind nur die KPÖ und ihre "großen Lehrer" göttlich begnadet und berufen, den Marxismus richtig zu deuten. Die "Praxis"-Professoren sind bescheidener, sie erheben keinen Anspruch darauf, als einzige die "alleinseligmachende Theorie" zu kennen, und das mißfällt der "Volksstimme". Ebenso schäumt sie, weil die "Praxis" meint, die Revolution

in den sozialistischen Ländern sei nicht zu Ende und in den kapitalistischen Ländern müsse sie gleich auf gescheiterte Art durchgeführt werden.

Ihre Entrüstung darüber, daß die "Praxis"-Theoretiker nicht dem "realen Sozialismus" huldigen, teilt die "Volksstimme" mit den offiziellen jugoslawischen Publikationen. Zu diesem Punkt sagte einer der "Praxis"-Mitarbeiter schon vor Jahren, es handle sich hier um eine Begriffsdefinition. Gewalt, Verderbtheit und Dummheit habe es bereits gegeben, bevor es die sie bestimmenden Begriffe gab, diese konnten daher, da sie sich von vorhandenen Fak-

toren ableiteten, nicht fehlgehen. Anders sei es mit dem Sozialismus. Den sozialistischen Gedanken gab es, bevor es eine sich sozialistisch nennende Realität gab. Als Kriterium dafür, ob eine Realität sozialistisch sei oder nicht, könne daher nur der sozialistische Gedanke dienen, niemals umgekehrt.

Aber wenigstens weiß man jetzt aus der "Volksstimme", wer der gefährlichste Feind des Kommunismus ist: nicht Reaktion, Faschismus oder Stalinismus, oh nein, vielmehr die undogmatischen Kommunisten. Fragt sich nur, wer da antikommunistisch ist, die "Praxis" oder die "Volksstimme" ...

-i.p.-

## Schlechtes Geld - viele Soldaten

"Gutes Geld – gute Soldaten", unter diesem Titel subsummiert Militärexperte vom Dienst, Walther Urbanek, Redaktionsmitglied der "Presse", in eben jener Wiener Tageszeitung am 3. Februar 1975 seinen Artikel über den derzeitigen verstärkten Zulauf zum Militär in "nahezu allen Ländern der freien Welt". Nicht unlogisch folgernd führt er darin aus: "Diese Tendenz wird sicher auch von der Wirtschaftslage gesteuert, doch das allein ist nicht bestimmend." Was aber sonst noch bestimmend sein könnte, verschweigt Herr U. seinen Lesern schamvoll. Stattdessen registriert er mit freudiger Erregung den Andrang zu den staatlichen Versorgungsposten auch in Österreich: "Die Angebote der Militärs mit einer Rückversicherung des abrüstenden Soldaten in guter ziviler Position tun jedenfalls ihre Wirkung. Das trifft auch auf das Bundesheer zu, dessen neuer Offiziersauswahllehrgang 180 Mann umfaßt – ein noch nie dagewesener Höchststand. Ist also wirklich der soldatische Beruf plötzlich attraktiver geworden? Fast scheint es so." Und er schließt seinen Artikel mit der Aufforderung an alle, die es angeht: "Und man täte gut daran, die Zeichen der Zeit richtig zu nutzen."

Diese Zeichen der Zeit konkret heißen aber: Einige Millionen Arbeitslose in Europa und den USA; Arbeitslose, oftmals mit Frau und Kindern, die jetzt vielleicht über Begriffe wie Freiheit und Eigeninitiative Zeit hätten nachzudenken. Und was diese Zeichen der Zeit einleiten könnten, weiß Herr U. ebenfalls: Wirtschaftskrise – Massenarbeitslosigkeit – Aufrüstung – ?? – !! Herr U. ist kein junger Jahrgang mehr, er kennt den Mechanismus kapitalistischer Wirtschaftssanierung in Krisenzeiten (und die Kräfte, die ihm zugutekommen, auch wenn er nicht davon sprechen will) und seine imperialistischen Implikationen. Daß er ihm trotzdem das Wort redet und die bedenkliche, martialische Röte, die da am Himmel aufkommen will, begrüßt, zeigt, daß er aus seinen Erfahrungen, zumindest jenen seiner Jünglingsjahre, nichts gelernt hat. Aus welchen Gründen auch immer. Im Detail: Herr U. erlaubt sich in seinem Artikel einen kurzen Hinweis auf die amerikanischen Militärverhältnisse zu geben, als Ende 1972 die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft wurde. Damals gab es einen kleineren Rückschlag: "Die Zahl der Streitkräfte bröckelte ab. So waren

es 1969 in den USA noch 3,460.000 Mann ... und für Mitte 1975 wird eine Schätzziffer von 2,152.000 genannt." Und er fährt erstaunt fort: "Und trotzdem kein Pessimismus in der Umgebung von Verteidigungsminister Schlesinger, wieso das?" "Nun", erklärt er gleich darauf fachmännisch, "die Freiwilligen, jene gutbezahlten Soldaten, haben einen erheblich höheren Kampfwert als der Schütze X, dem das Gesetz die Uniform aufzwingt."

Woher aber in einer "angespannten Wirtschaftslage" das Geld genommen wird (und nicht gestohlen werden sollte), um die über zwei Millionen Freiwillige zu bezahlen ("... monatlich rund 680 Dollar auf die Hand. Wer sich zur kämpfenden Truppe meldet, dem fällt außerdem eine Prämie von 2.500 Dollar zu.") ist Herrn U. anscheinend egal. So bleibt vorerst nur zu hoffen, daß es schon nicht so arg werden wird, und die jungen Leute die "Courage", mit der sie heutzutage den Soldatenberuf ergreifen, nie unter Beweis stellen müssen. Und nicht zu spät bereuen, den gegenwärtigen Verhältnissen erlegen zu sein, in denen Soldatenwerber wieder reichliche Ernte einholen können. In einer Zeit, in der ein Meinungsbildner obskuranterweise von Zeichen der Zeit spricht, wo sich einfach der Kapitalismus in eine weitere Krise manövriert hat und Mangel und Not in mitteleuropäische einheimische Arbeiterwohnungen einzuziehen beginnen.

-p.r.-

# Die konservative In

## „Dreißig Jahre Volkspartei“ und die Folgen

Gerade rechtzeitig hat nun die VP doch den Antrag auf Parlamentsauflösung gestellt – rechtzeitig nämlich, daß er nicht mehr ernst genommen wurde. Sogar die bürgerliche Presse hat das Thema wieder fallen gelassen, nach kurzem vergeblichen Bemühen, etwas dabei rauszuschlagen. Und die VP kann nach diesem großartigen Schachzug beruhigt das Spektakel zu ihrem 30. Geburtstag im kommenden April aufziehen. Aber ist die Volkspartei wirklich erst 30 Jahre alt?

Als die Parteienvertreter am 27. April 1945 die österreichische Unabhängigkeitserklärung unterschrieben, tat dies Leopold KUNSCHAK "Für den Vorstand der Christlichsozialen Volkspartei, nunmehr Österreichische Volkspartei". Er unterschrieb also für die Partei von DOLFUSS und SCHUSCHNIGG, für die Partei des Jahres '34, für die Partei des Austrofaschismus. Und es war derselbe KUNSCHAK, der damals die "Gleichschaltung" der Arbeiterorganisationen betrieb, unerlässlich für den Austrofaschismus. Es ist daher klar, daß die VP nicht gern an das erinnert wird, was vor diesen 30 Jahren war. Und KUNSCHAK war nicht der einzige aus der Zeit des "Ständestaates", wie man heute den Austrofaschismus verschämt nennt. Die Bundeskanzler FIGL und RAAB gehörten genauso dazu. Die heutige Führung der ÖVP ist dazu vielleicht noch etwas zu jung. Sie konkurriert dafür mit den Sozialdemokraten um die Nazi-Herkunft (wobei die SP "besser" abschneidet!) hat sie doch den NAPOLA-Schüler und ehemaliges NSDAP-Mitglied SCHLEINZER zum Obmann. Ganz kann sie aber ihre Vergangenheit doch nicht verleugnen, und so stellt sie den Heim(at)wehrlers LUGGER zum Präsidentschaftskandidaten auf. Im Hinblick auf die neuesten Belebungsversuche eines politischen Katholizismus ist ein Blick auf die Ursprün-

ge der Partei ganz nützlich. Mitte vorigen Jahrhunderts fand sich die Kirche in einer unerwarteten Situation: Sie war keine politisch und ideologisch anerkannte Autorität mehr und befand sich auf allen Linien in der Defensive. Vom System her bot sich eine Partei als Instrument an. Das wollte aber die Kirche nicht, denn damit hätte sie ihren universellen Anspruch aufgegeben. Also rief sie die Katholische Aktion ins Leben, angeblich überparteilich. Doch der Zwang der Umstände war stärker. Erst zögernd – LUEGER bekam das seinerzeit zu spüren – gab sie nach, die katholischen Parteien entstanden. Und plötzlich stürzte sich die Kirche offen mitten ins parteipolitische Geschehen: Dabei war sie nicht wählerisch, MUSSOLINI wurde zum "Mann der Vorsehung" erklärt. Der Wiener Kardinal INNITZER rief nach dem deutschen Einmarsch in Österreich zu einem "Ja" für die Nazis auf und setzte im bezüglichen Brief zum "Hochachtungsvoll" handschriftlich "Heil Hitler" hinzu.

Dies ist die spezifisch mitteleuropäische Facette des Konservativismus. Im Wesen lief sie überall ähnlich ab. Überall traten nach der altliberalen Hochblüte konservative und konfessionelle Gruppierungen an, oft nebeneinander, oft fusionierten sie. Dabei hatten sie einen beträchtlichen organisatorischen Vorteil. Die liberalen Parteien waren ihrer großbürgerlichen Basis entsprechend Notabellvereinigungen für Wahlzeiten. (Es gab damals das Zensuswahlrecht, das lediglich einigen Hunderttausend das Wahlrecht gab.) Ihre Basis war beschränkt. Die konservativen Parteien hingegen stützten sich auf eine Koalition der Altkonservativen, der Kleinbürger und Bauern und verfügten damit über eine Massenbasis, sowie auch auf eine gewisse Organisation. Und bald erkannte auch die Großbourgeoisie, wo sie anzusetzen hatte. Dies schlug

sich selbstverständlich auch im ideologischen Gemensch nieder. Es ist die getreu übertragene Widersprüchlichkeit dieser Schichten.

### Warum wir noch immer auf ehemalige Nazis losgehen

(Auf Schleinzer z. B. im Artikel über die ÖVP). Weil in Österreich die Vergangenheit heute noch nicht bewältigt ist. Man braucht sich nicht einmal formhalber viel anzutun. Schließlich stand es im Staatsvertrag von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs unterzeichnet, daß Österreich vom Faschismus überfallen, daß es ein Opfer der Nazi war. Der eigenen oder der anderen? Historisch korrekt gesehen, waren sie damals nicht zu unterscheiden. Später wurde zwischen deutschen und österreichischen Nazis unterschieden. Erstere haben also die letzteren überfallen. Letztere waren Opfer der ersteren... Also waren letztere gar keine richtigen Nazis? "Wir san doch die reinsten Lamperln" wird aus vollem Herzen gesungen, aus dem man keine Mödergrube macht. Nur wenn es zu Wahlen kommt, z. B. jetzt in Kärnten, erinnert man sich wieder gerne seiner unbewältigten Vergangenheit. Der SPÖ-Spitzenkandidat Wagner brüstet sich damit, "ein hochgradiger Hitlerjunge" gewesen zu sein. (Zu mehr reichte es wegen des zarten Alters eben nicht.) Und so geht es weiter und weiter, und so werden wir nicht aufhören, jedem, der es war, bei jeder Gelegenheit ins Gesicht zu schleudern "Nazischwein". Er hat ja die Möglichkeit, darauf zu entgegnen. Bedauernd, bejahend, schweigend. Was auch eine Antwort ist.

# ternationale

Zurück zu Österreichs Konservativen. Im Gegensatz etwa zur CDU mit ihrem Ahlener Programm hatte die VP zwar einen ÖAAB, aber nie eine "linke Phase". Die wenigen Linken, wie der Baron Raoul BUMBALLA-BURENAU (Staatssekretär a. D.), blieben bedeutungslose Randfiguren, wenn auch ein Teil der Kommunisten damals auf sie setzte – in der Hoffnung, mit ihnen zusammen die SPÖ überspielen zu können. Eine Hoffnung, die angesichts der absoluten Mehrheit der VP nach den ersten Wahlen wenig realistisch war. Bereits 1948 war die VP im christlich-konservativen Sinn völlig konsolidiert. In den folgenden Jahren hatten die Figuren von eh und jeh das Heft in der Hand.

Die eigentliche Misere begann nach deren Abtritt Ende der 50er Jahre. Nach zwei Wahlen (1953 und 1959), in denen sie nur dank der Wahlarithmetik noch einen Sitz mehr erhielten als die SP, einer katastrophalen Bundespräsidentenwahl und einigen spektakulären politischen Rückschlägen kam es zum offenen parteiinternen Machtkampf. Eine "Reformergruppe" trat gegen die Traditionalisten der "Kerngruppe" an. Auf dem Parteitag in Klagenfurt 1963 setzten sich die "Reformer" mit dem Gespann KLAUS/WITHALM gegen die Traditionalisten durch, die zuerst den Landwirtschaftsminister HARTMANN und nach dessen Ablehnung den Unterrichtsminister DRIMMEL ins Feuer schickten. Schleinzler mischte auf undurchsichtige Weise mit, blieb aber bewußt noch im Hintergrund. Es war die Auseinandersetzung zwischen zwei konservativen Flügeln mit ziemlich verwirrenden Kräfteverhältnissen. Die sogenannten "Reformer" waren damals nicht weniger konservativ als ihre Gegner, aber sie hatten die Situation etwas besser begriffen. Es gelang ihnen, die bisher "niederösterreichische" Partei stärker zu österreichisieren. Das heißt, in der Folge bildete sich eine Polarität heraus zwischen der zunehmend stärker "technokratisch" orientierten Parteiführung und Leuten, die nun offen reaktionär wurden:

heute schreibt DRIMMEL, inzwischen Polit-Pensionist, Artikel in faschistischen Blättchen und ist ein Hauptartikler der ultrareaktionären "Furche" – zusammen mit Otto HABSBURG!

Die damaligen Sieger waren allerdings nur höchst relativ "technokratisch". Ihr Scheitern haben sie ihrem Unvermögen zuzuschreiben, wenigstens praktisch über ihren Greißlerschatten zu springen. WITHALM etwa ist das personifizierte Exempel. Er war ein fähiger Organisator, aber politisch-ideologisch blieb er ein Provinznotar.

Jetzt sind die "Technokraten" an der Reihe. Wie wenig technokratisch sie sind, im Vergleich zu SP etwa,

zeigen die Tölpeleien in ihren neuen vier Plänen. "Breite Eigentumsstreuung", Förderung der Klein- und Mittelbetriebe etc. sind alte Hüte. Allerdings sind im (Wirtschafts-) Plan 3 einige neue Nuancen: Koordination von Betrieben, Forschungsförderung der Betriebe, Begünstigung von Aktiengesellschaften (= Großbetriebe) und sogar eine gewisse vorsichtig positive Bewertung der Verstaatlichten. Es sind dieselben Töne, die etwa CSU-Generalsekretär Biedenkopf, früher Spitzenmanager der bundesdeutschen Industrie, anschlägt: Die "Präferenz für mittelbetriebliche Struktur" sei in einer "Dezentralisierung von Planungs- und Entscheidungsprozessen" zu verwirklichen – das alte christliche Subsidiaritätsprinzip, nur logischer gefaßt und im Bewußtsein der Schwierigkeiten: "Wie kann ich die Tendenzen zur Konzentration zumindest behindern?"

Liebes Mitglied !

**Wir stehen im Kampf. Im Kampf mit den steigenden Kosten, dem Steuerdruck der Regierung, dem immer stärker werdenden Druck der Gewerkschaften. Der Staat hat zu wenig Geld. Und der Finanzminister wird nicht zögern, für seine Fehler die Wirtschaft - und das ist jeder einzelne von uns - zur Kasse zu zwingen. Wir Wirtschaftstreibenden tragen die Wirtschaft. Wir werden dafür mit immer höher werdenden Forderungen bestraft. Das darf nicht so weitergehen!**

**Nationalratswahlen stehen vor der Tür. Die können alles ändern. Wir müssen ein Wahlkampfklima erzeugen, daß auch der laueste Nichtsozialist zur Wahl geht, daß jeder einsieht: Nur die ÖVP kann aus dieser katastrophalen Lage herausheifen.**

**Wir wissen, daß wir Ihre Zeit, Ihre Arbeitskraft nicht beanspruchen können. Aber trotzdem müssen Sie uns helfen. Wir brauchen Geld. Für Groß- und Kleinveranstaltungen. Für öffentliche Diskussionen. Für Flugblätter. Denn die Wahrheit muß immer wieder gesagt werden.**

**Mit S 500,- von jedem Mitglied kommen wir im Bezirk durch. Bekommen wir weniger, können wir weniger aktiv sein. Unser Erfolg liegt mit in Ihren Händen.**

**Wir hoffen, Sie verstehen uns richtig: Harte Zeiten erfordern harte Worte.**

Mit freundlichen Grüßen



Komm.-Rat Carl E. Rainer  
Bezirksgruppenmann

Ein Ausdruck der Praxis der ÖVP...

Die konservativen Parteien würden eine geringe Gefahr darstellen, wären sie nur nach ihrem Programm zu beurteilen. Doch wir erleben derzeit den Anfang einer weltweiten Krise. Und die Bourgeoisie sieht in Krisenzeiten ihr Interesse allemal noch bei den Konservativen besser aufgehoben. Die Sozialdemokratie ist für sie tatsächlich eine Schönwetterpartei, geeignet, die Arbeiter im Zaum zu halten und unbelastet von mittelständischen Überresten. In der Krise wird sie wertlos. Und der Lodenmantelfaschismus ist keine Kraft mehr und diskreditiert. Er lenkt höchstens das öffentliche Interesse von den realen Trägern eines neuen Gewaltstaates ab. Das Bürgertum setzt heute auf die Konservativen, wie immer sie heißen mögen. Der konservative "Corriere della sera" (Besitzer: FIAT-AGNELLI) kam nach einer regelrech-

ten Klassen- und Parteienanalyse zum Schluß (in Italien ist der Neofaschismus noch eine gewisse Kraft!): Eure, die faschistische Ordnung brauchen wir nicht. Unser Interesse ist in der Legalität besser aufgehoben.

Wenn also die VP im April ihre demokratische Haltung betonen wird, werden wir die Ergänzung dazu liefern müssen. Und diese Tendenz ist international. Sie beschränkt sich nicht auf gegenseitige Einladungen zu Vorträgen, sondern koordiniert in regelmäßigen Treffen ihre Politik. Und wir müssen leider feststellen: Der Internationalismus des Kapitals und seiner Vertretung ist meist besser gewährleistet als der sozialistische Internationalismus, der uns in unseren Slogans oft genug zur reinen Phrase wird. -A.F.R.-

## Frankreich

# Zerbricht die Linkseinheit?

"Die beiderseitige Übereinstimmung, die die KP und die SP heute feststellen, ist breit genug, um es ihnen zu ermöglichen, dem Land ein gemeinsames Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode vorzulegen." So heißt es im Gemeinsamen Programm vom 26. Juni 1972, und dieser Optimismus hielt zwei Jahre lang an. Nach monatelangen Polemiken, vor allem von Seiten der KP gegen die SP, brachte nun der Parteitag der SP (31. Jänner - 2. Feber) endgültig die Ernüchterung.

Seit dem Machtantritt De Gaulles hatte die damals auf 20% der Stimmen abgesackte KP ihre Positionen nicht mehr verbessern können. Eingeschworen auf den 'friedlichen' (=parlamentarischen) Weg zum Sozialismus, mußte sie entweder jede Perspektive aufgeben, oder sie mußte sich Verbündete suchen, welche das Vertrauen neuer Schichten gewinnen konnten. Als solcher Verbündeter schien die SP der KP am geeignetsten.

Die SP war seit ihrer Gründung 1968 - damals löste sie die verrottete sozialdemokratische SFIO ab - eine Allianz von Tendenzen, Clubs und Zirkeln. Bedeutung gewann sie erst seit 1971, als in Epinay-sur-Seine die Linksgruppierung CERES ("Sozialistische Forschung-Studien-Erziehung") zuzog; auf der Achse Mitterrand (Majorität) - CERES, der im Sekretariat einzog und dort eine eigene Stellung aufbaute, beruhte seitdem die SP. Dank dieser Verbindung gewann sie Einfluß in der Linken und konnte das Bündnis mit der KP eingehen. Sie wurde zu einer Kraft, welche die Führungsrolle der KP in der Linken ernsthaft gefährdete. Die KP begann eine bisher kaum erwiderte Auseinandersetzung. Doch auf dem vergangenen Parteitag beschloß

### SEHR GEEHRTE INDUSTRIELLE UNTERNEHMER !

... Die Sozialpartnerschaft konnte abermals ihre Bedeutung unter Beweis stellen. Sie ist aber auch durch den Inhalt der Preisregelungsgesetznovelle selbst gestärkt worden, weil anzunehmen ist, daß die Paritätische Preis- und Lohnkommission bzw. ihr Preisunterausschuß noch mehr als früher in Anspruch genommen werden wird, um auf diese Weise von vornherein einer amtlichen Preisregelung nach § 3 b des neuen Preisregelungsgesetzes zu entgehen.

Selbstverständlich wird es nunmehr auf die Praxis sowohl bei der Handhabung des neuen Gesetzes als auch im Verfahren vor dem Preisunterausschuß ankommen. Wenngleich zu hoffen ist, daß die amtliche Preisregelung nur in ganz besonders gelagerten Einzelfällen Platz greifen wird, erscheint es dennoch wichtig, sich mit den neuen Bestimmungen vertraut zu machen. Die Industrie wird dabei im besonderen Maß um eine einheitliche Vorgangsweise und Interpretation besorgt sein, damit nicht die Betriebe gegeneinander ausgespielt werden. ...

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

thr



PHILIPP SCHOELLER

SEKTIONSBRIEF

... und hier die "feine Klinge".



die SP, über gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten auf nationaler Ebene nur mehr von Fall zu Fall zu entscheiden, obwohl sie gleichzeitig ihre Treue zum Gemeinsamen Programm versicherte. Gleichzeitig warf Mitterands Mehrheit den CERES aus dem Sekretariat, obgleich er ein starkes Viertel der Partei repräsentiert: man warf ihm "bolschewistische Methoden" vor.

Der CERES will zwar in der Partei bleiben. Doch der Rechtsruck ist nicht zu übersehen. Die KP reagierte mit neuen Angriffen, doch nun ist die SP – und nicht zuletzt gerade ihre Linke – gewillt, die Polemik aufzunehmen.

Als die KP das Bündnis mit der SP einging, tat sie das unter dem Zwang ihrer Isolation. Sie war von vornherein bereit, einen hohen Preis dafür zu bezahlen. Im Gemeinsamen Programm verzichtete sie auf essentielle Punkte ihres Vorschlages und trat damit einer Minimalplattform bei. Allerdings: ist die Anzahl verstaatlichter Betriebe tatsächlich essentiell? Mit der Fixierung auf den Parlamentarismus hatte sich die KP sozialdemokratischen Positionen zugewandt. Mehr oder weniger Reformismus konnte da nicht mehr entscheidend sein.

Gerade infolge ihrer Stärke glaubte die KP, Zugeständnisse machen zu können. Der zusammengewürfelte Haufen der SP konnte keine ernsthafte Konkurrenz darstellen. Doch vorerst hat sie sich gründlich getäuscht. Wenn schon Sozialdemokratie, dann gleich die echte. Die sklavische Untertänigkeit gegenüber der Sowjetunion war für Linke außerhalb der KP unannehmbar. In der KP besteht keine Möglichkeit, politisch initiativ zu werden. Das intellektuelle Aus-

hängeschild Garaudy wurde ausgeschlossen, weil er die Sowjetunion kritisierte, nicht wegen seiner rechten Positionen. Und um den Mai '68 zu ersticken, brauchte De Gaulle nicht die um Paris zusammengezogenen Armee-Einheiten einzusetzen. Er kündigte Wahlen an, und die KP warf das Steuer herum und brach dem Aufstand den Rücken. Die Linke sammelte sich außerhalb der KP, teils in ziemlich sektiererischen Minderheitsgruppierungen, teils aber auch in der SP. Und damit begann der Aufstieg der SP, der in eine richtige Offensive ausmündete (vergleiche auch OL 5 und 8) – indirekt gegen die KP. Diese hielt sich streng an jeden Buchstaben des Gemeinsamen Programms, die SP ging damit recht großzügig um. Es gelang ihr der Einbruch in Mittelschichten. Sogar die linksbürgerliche Elite-Zeitung "Le Monde" unterstützte engagiert den Präsidentschaftskandidaten Mitterand, der dann auch den Wahlsieg nur um Haaresbreite verfehlte. Doch dessen Auftreten während des Wahlkampfes brachte für die KP das Faß endgültig zum Überlaufen: seit Juni greift sie fortwährend und hart die SP an. Mitterand antwortete nicht, hat sich aber jetzt der inneren Opposition entledigt.

Wohlgemerkt: Wir kritisieren die Bündnispolitik nicht, weil sie eine Einheit 'oben' anstrebt: Das tut jede Bündnispolitik, und Bündnispolitik von unten gibt es nicht. Wir lehnen

aber jedes Bündnis ab, das Ersatz für Selbstorganisation und Massenaktion sein will und damit tatsächlich die Vereinheitlichung an der Basis verhindert.

Das Ergebnis ist vorerst ein Schlag für die ganze Linke. Die KP ist kaum weniger isoliert als zuvor, ist sie doch nicht einmal willens, die offene Unterstützung der Rechten durch die Sowjetunion energisch zurückzuweisen. Einen einzigen zahnenden Protest konnte sie sich bisher abringen, als der sowjetische Botschafter offen zugunsten Giscard in den Wahlkampf eingriff. Die SP droht auseinanderzufallen, nachdem sie linke Kräfte (wie den PSU und die Gewerkschaft CFDT) stark geschwächt hat: eine besonders verhängnisvolle Tatsache. Am ehesten dürfte sie zum Präsidentenwahlverein werden. Beide Parteien haben damit auf ihrem Terrain dasselbe geleistet: Die KP hat dem Reformismus den Weg ausgeräumt. Und die SP geht in die Richtung von SPÖ und SPD: sie verzichtet auf reformistische Ansätze und verbürgert vollends. Die revolutionäre Linke aber ist zu schwach, um die Führung in der Krise des gaullistischen Systems (die übrigens ein Erfolg dieses Systems diese mit einer weltweiten Strukturkrise zusammenfällt. Aber die KP hat es vorerst noch einmal geschafft: Sie bleibt die "führende Partei der Arbeiterbewegung" (Marchais). Wenn das kein Erfolg ist ! ■

**HEINZ KOLISCH**

**LIEBIGASSE 9**

**43 32 21**

**1010 WIEN**

**BOOK POWER**



Peru

## Militärherrschaft und Fortschritt?

Der "peruanische" oder der "dritte Weg" (weder sozialistisch noch kapitalistisch) ist dadurch erst recht in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, daß er Schule zu machen scheint. Mit vielen Abstrichen, Verschiedenheiten und Variationen zwar, steht das Phänomen dennoch deutlich vor Augen: in Portugal zum Beispiel, auch in Äthiopien. Die gewohnte Rolle der Exekutive in halbfeudalen und kapitalistisch-unterentwickelten Ländern fällt auf der Bühne flach, die Akteure verleihen ihren erwarteten und vielbeklatschten reaktionären Auftritten neue, radikal verschiedene, ja geradezu revolutionäre Inhalte. Hier soll nur auf einen Aspekt dieser Problematik eingegangen werden: wie weit und wie lang können progressistische Militärs ihren Zielen und Absichten gerecht werden, ohne daß sie sich – wie es sich in Portugal von Anfang an abgezeichnet hat – auf eine Massenbewegung stützen, trachtend, die fortschrittlichen und revolutionären Inhalte ihres Programms und ihrer Handlungen zunehmend auf die eigentlichen Träger dieser Inhalte selbst zu übertragen? Wenn eine Verselbständigung revolutionärer Avantgarden, ihre Abkapselung von den Massen, zu schweren Deformationen des gesamten Systems geführt hat, wie sehr muß solche Gefahr Bewegungen treffen, die von vornherein Kompromißcharakter tragen, sich zu bloßen Schiedsrichtern einer ungerechten Gesellschaftsordnung aufwerfen, aber weder für die eine noch die andere Klasse eindeutig Partei ergreifen wollen?

Am Beispiel Peru sieht es so aus: General Juan Velasco Alvarados ergriff an der Spitze des peruanischen Militärs im Oktober 1968 die Macht. Eine Woche später besetzten Panzer die Camps der IPC (ESSO). Durch jahrelange Diskussionen vor dem Putsch hat man der Gesellschaft Zeit gelassen, die Ölfelder weitgehend

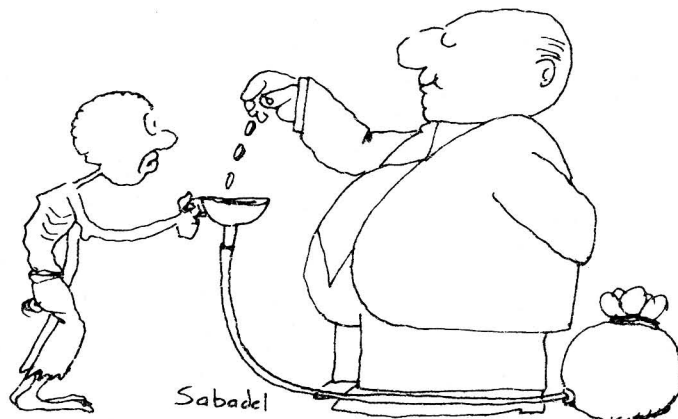
leerzupumpen. Eine Entschädigung für die Enteignung wurde sofort entrichtet, dann aber spektakulär gepfändet, d. h. gegen frühere Schulden aufgerechnet. Der US-Kongreß sperrte daraufhin jahrelang Kredite und Investitionen für Peru. Die Militärregierung wandte sich daraufhin an andere Stellen, auch an die Sowjetunion. Hilfezusagen bewogen die Militärs, in der Frage Kuba aus der damals geschlossenen Front der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) auszuscheren und die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Kuba wiederherzustellen. Solche und ähnliche Maßnahmen begründeten – propagandistisch von den moskautreuen kommunistischen Parteien aller Länder unterstützt – den Ruf Perus, den Fängen des Imperialismus und den Fallgruben des Kapitalismus besonders geschickt auszuweichen und eine nationale Revolution auf allen entscheidenden Sektoren der peruanischen Gesellschaft voranzutreiben.

Tatsächlich befand sich die Wirtschaft dieses drittgrößten Landes Lateinamerikas bis 1968 fast vollständig in ausländischem Besitz. 85% der Grubenproduktion gehörten ausländischen Unternehmen, 88% der Erdölförderung bis zur Enteignung der IPC. 14 der 20 wichtigsten Fischfang-Gesellschaften arbeiteten mit ausländischem Ka-

pital. 6 der 10 Zuckerfabriken waren ausländisches Eigentum. Die Aufzählung könnte noch lang fortgesetzt werden. Es genügt, um zusammenzufassen: ausländische Betriebe, hauptsächlich im Besitz der USA, erzeugten 35 bis 40% des peruanischen Brutto sozialprodukts. Von 1960 bis 1968 wurden 166 Millionen Dollar direkte ausländische Neuinvestitionen getätigt; demgegenüber betrugen die Gewinne im gleichen Zeitraum mehr als das Fünffache, nämlich 628 Millionen Dollar.

Die Militärregierung nimmt nach sieben Jahren "peruanischer Revolution" folgende Verdienste und Errungenschaften in Anspruch: Kontrolle des Außenhandels, der Banken, des Erdöls, Bergbaus, der Fischerei, Energie und Eisenbahnen; es wurden die größten ausländischen Konzerne nationalisiert; die kapitalistischen Gesellschaften des Landes reformiert und den Arbeitern Zugang zu Eigentum und Gewinn verschafft; es wird der Boden beschleunigt an die Landbevölkerung übertragen; es wird der Analphabetismus ausgerottet und die Erziehung reformiert.

Tatsache ist: die 188 mächtigsten Gesellschaften wurden überhaupt nicht angetastet. Unternehmen der Grundstoffindustrie wurden großzügig abgefunden. Die Chase Manhattan Bank erhielt für ihre Filiale z. B. mehr als das Doppelte der erwarteten Summe. Die Eisenbahngesellschaft (in englischen Besitz) wurde vom Staat übernommen, nachdem die Gesellschaft den totalen Bankrott



angemeldet hatte. ITT kontrolliert nach wie vor den peruanischen Markt. Die Bergbaugesellschaft Cerro de Pasco wurde mit den kämpferischen Aktionen der klassenbewußten Kumpels nicht mehr fertig und wurde von der Regierung aufgekauft: 1971 wurden streikende Arbeiter in Cobriza von der Nationalgarde zusammengeschoßen. Bei der 'radikalsten' Landreform des Kontinents handelt es sich um folgende Regelung: Landbesitz ab einer bestimmten Größe muß an den Staat verkauft werden. Dieser zahlt den vom Grundherrn oder seinem Advokaten genannten Preis sofort in bar aus, wenn das Geld in die "nationale" Industrie investiert wird; sonst wird in Form der Einhebung der Pacht garantiert, daß der Preis in 20 bis 40 Jahren mit vier bis sechs Prozent Zinsen entrichtet wird. Von einer Stadtreform keine Spur. Die Hälfte der Bevölkerung haust in Slums rings um die Städte. Lima ist eine riesige Spekulationswüste. Von der Enteignung jener fünfzehn Familien, die 200 Millionen Quadratmeter Bauland besitzen, wurde nie etwas bekannt – auf 'Landbesetzer' auf privatem Boden wurde mit Waffeneinsatz vorgegangen. Vom 6. bis 14. Lebensjahr besteht allgemeine Schulpflicht. 25% der schulpflichtigen Kinder besuchen dennoch keine Schule, wegen der hohen Abbruchquoten beenden nur ca. 20% die Volksschule. Nach wie vor sind 32% aller Erwachsenen Analphabeten. Auf den Hochschulen ist jede politische Betätigung verboten. Studentenunruhen werden mit aller Härte unterdrückt. Peru ist viertgrößter Waffenkäufer des Kontinents. Die Waffenkäufe werden durch eine Sondersteuer finanziert. Das Pro-Kopf-Einkommen ist eines der niedrigsten, Lima gehört zu den Städten mit den höchsten Lebenshaltungskosten in Lateinamerika. Um dem wachsenden Widerstand der Massen organisatorisch und politisch begegnen zu können, wurden zwei staatliche Einheitsorganisationen ins Leben gerufen: SINAMOS (Nationales System zur sozialen Mobilisierung) wurde die einzig zugelassene Massenpartei unter Regierungskontrolle, die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana)

ist eine Massenorganisation unter Führung des Mittelstandes mit dem Programm der Errichtung eines unabhängigen Staatskapitalismus.

Als Mitte August 1974 die größten Tageszeitungen des Landes enteignet und unter Regierungskontrolle gestellt wurden, zeigten sich die ersten Risse im Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie, vor allem dem Mittelstand. Die an der daraufhin entstandenen 'miraflores'-Bewegung beteiligten und in Haft genommenen Rechtsanwälte wurden gemeinsam mit 370 politischen Gefangenen zu Weihnachten amnestiert – die an den Landbesetzungen von Andhuaylas beteiligten und verurteilten Bauern blieben in den Gefängnissen.

Mit der Ausweisung von 137 Mitgliedern des US-amerikanischen Peace Corps setzte die Regierung einen demonstrativem Akt gegenüber der zunehmenden Infiltration und Einmi-

schung von CIA- und Exilpolitikerkreisen. Auch die Unruhen anlässlich des Streiks der peruanischen Polizei signalisieren die zunehmende Bedrohung des Landes von außen. Aber der Aufstand der Polizei war für viele auch ein Signal im Kampf gegen die Willkürherrschaft des Militärs gegenüber links ebenso wie rechts. Die "Volksstimme" reagierte wütend auf den drohenden Hinweis des "Kurier", daß bei der Niederschlagung der Unruhen sowjetische Panzer in den Straßen Limas rollten. Die "Volksstimme" findet es positiv, daß es eben sowjetische und nicht US-Tanks sind. Wir sind der Meinung, daß für den Charakter eines Regimes nicht die Herkunft der Panzer entscheidend ist, die zu seinem Schutz rollen, sondern die Massen, die marschieren – für seine Rettung oder für seinen Untergang.

(Quellennachweise aus iz3w, Nr. 36/37) ■

## Madagaskar

### Militärs in der dritten Welt

Bis 1972 war Madagaskar das Muster einer Neokolonie: Französische Lehrer, französische Beamte, Mitgliedschaft in der Franc-Zone... Geführt wurde diese Filiale von Philibert Tsiranana, einem Vertreter der engstens mit Frankreich liierten Küstenbourgeoisie. Der "heiße" Mai 1972 – ein von Studenten begonnener allgemeiner Aufstand, brachte mit Ramanantsoa vorsichtig progressistische Militärs ans Ruder. Bauernelend, Arbeitslosigkeit und Analphabetismus blieben. General Ramanantsoa übergab die Machtausübung seinem Kameraden Ratsimandrava. Dies war am 5. Februar 1975.

Am 11. Feber starb Ratsimandrava bei einem Attentat. Ausgeführt wurde es von Angehörigen der Garnison Antanimora. Diese hatte sich unter dem Kommando des Oberst Rajaonari-son seit Wochen offen gegen die Re-

gierung gestellt, nachdem der erste Putsch am 31. Dezember 1974 mißlungen war. Inzwischen hat sich die Garnison ergeben. Rajaonarison und die Mehrheit der Garnison stammen aus der Küstenbourgeoisie und sind erklärt rechts eingestellt.

Auch hier haben wir wieder ein Beispiel, wie in den Entwicklungsländern Militärs Stellvertreterrollen ausüben, in diese und jene Richtung. Verkompliziert wird hier die Lage durch ethnische Gegensätze, obwohl diese stark überschätzt werden und gewöhnlich Klassengegensätze verstecken: Die regierenden Militärs gehören großteils den Hochlandbewohnern (den Merinas) an. Die Rolle der Militärs ist zwiespältig, bisher sehr gemäßigt. Jedoch gibt es auf Madagaskar eine linke Bauernpartei, die MONIMA, die im Süden bereits 1971 Aufstände initiierte und damit den Sturz Tserananas wesentlich vorbereitete. ■

## Eritrea

# Sezessionismus oder Volksbefreiungskrieg?

Das Schicksal der postkolonialen Länder insbesondere Schwarzafrikas stand allzuoft zwischen Versuchen der äußeren Einmischung des Imperialismus und des inneren Zerfalls im Zeichen des Sezessionismus oder Separatismus (Lostrennung einzelner Teile des Landes) – letzteres meist gekoppelt mit ersterem. Kongo (belgische Interessen), Biafra (englische Interessen), Bangla Desh (auf dem asiatischen Kontinent) sind Marksteine dieser in allen Fällen blutigen und grausamen Geschichte jener Länder, deren geographische und politische Entwicklung ihnen von den jeweiligen Kolonialmächten aufgezwungen wurde. Ihre inneren Gegensätze mußten in dem Augenblick aufbrechen – oder wurden zum Aufbrechen gebracht –, als der einzige "einigende" Faktor, die koloniale Fremdherrschaft, abgeschüttelt wurde. Nur dort, wo der antikolonialistische, der nationale Befreiungskampf unmittelbar mit der sozialen Revolution in Einklang gebracht werden konnte, wurde diese Gefahr von innen mehr oder weniger erfolgreich gebannt. Wie die Beispiele Vietnam und Korea zeigen, hat der imperialistische Druck von außen, der die alte Kolonialherrschaft ablöste, selbst in solchen Fällen im letzten Moment eine andere Wendung herbeiführen können. Solche Überlegungen sind es, die den Beobachter der Entwicklung in Äthiopien in letzter Zeit zunehmend beschäftigen.

Äthiopien ist relativ spät direktes Opfer kolonialer Fremdherrschaft geworden. Die großen Handelsgesellschaften und ihre Schutzpatrone, die Heimatländer, begnügten sich zunächst mit der wirtschaftlichen Ausbeutung Eritreas. Das faschistische Italien machte 1935 sein "natürliches" Recht (so wurde es damals wirklich formuliert) auf eigene Kolonien geltend, und eröffnete am 2. Oktober dieses Jahres mit Gasgranaten – die

die eingeborene Bevölkerung völlig schutzlos und unvorbereitet trafen – den sogenannten Abessinienfeldzug. Schon 1941 mußte die italienische Invasionsarmee vor den starken und mit großer Geschicklichkeit kämpfenden Partisanenverbänden des Landes kapitulieren. Eritrea trug auf Grund seiner Lage (Küstengebiet) und seiner strategischen Bedeutung (Ölvorkommen und Häfen) den Löwenanteil an diesem Kampf. Seine Zugehörigkeit zu Äthiopien war auch nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Erst 1950 wurde von der UNO-Vollversammlung beschlossen, Äthiopien und Eritrea zu einer Föderation zusammenzuschließen, die am 15.9.52 auch "vollzogen" wurde. War dies schon in erster Linie ein diplomatisches Verdienst des weltweit hochangesehenen Monarchen Haile Selassie (in Moskau, Peking und Washington gleich gern gesehener Gast), mußte die einseitige Eingliederung Eritreas 1962 als äthiopische Provinz die Führungskräfte und nationalen Gefühle der Eritreer voll-

ends herausgefordert haben. Innerhalb der an Partisanentätigkeit geschulten Bevölkerung bildeten sich bald die ersten Widerstandsgruppen, die von außen wechselnde Unterstützung fanden. Wie die Quellen dieser Unterstützung und auch deren eigenständige politische Entwicklung, entwickelte die eritreische Befreiungsbewegung ihre verschiedenen Komponenten, die von christlichen und mohammedanischen Inhalten geprägte nationale Befreiungsfront, die ELF (Revolutionärer Rat der Eritreischen Befreiungsfront), die sich später marxistisch orientierte und von der 1970 die PLF (Volksbefreiungstreitkräfte), die nach wie vor von religiös-mohammedanischen Motiven durchdrungen ist, abgespaltete. Die ELF wird derzeit von Syrien, dem Irak und radikalen palästinensischen Gruppen unterstützt. Das PLF-Zentralkomitee erhält insbesondere von Libyen, Saudiarabien, Kuwait und Südjemen Hilfeleistungen. Bis November vergangenen Jahres kam es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen den rivalisierenden Gruppen. Erst der zunehmende militärische Druck der neuen Zentralregierung der äthiopischen Armee in Addis Abeba zwang sie zu einem engeren Zusammengehen. In einer an die äthiopischen Militärs gericht-





teten Erklärung kündigte die ELF Ende November 1974 an, "jegliche Steigerung der äthiopischen Aggression (gegen die ELF) mit einer Verschärfung ihrer militärischen Kampagne in ganz Äthiopien" beantworten zu wollen. (27.11.1974, FA) Die Antwort des DERG (Koordinationskomitee der Streitkräfte) dürfte eher von militärisch-bürokratischen denn von politischen Überlegungen getragen worden sein. Verständlich ist der Wunsch der progressistischen Streitkräfte, am ökonomisch wichtigsten und politisch labilsten Schauplatz der "äthiopischen Revolution" möglichst schnell klare Verhältnisse zu schaffen, damit ihr Rücken frei wird für die ungeheuren Aufgaben, auf deren Lösung das riesige Land nach wie vor harret. (Ver-

schiedene Großgrundbesitzer und frühere Würdenträger am Hof stellen private Guerillaarmeen auf. So der ehemalige Ras (Fürst) Mengesha Seyoum – der mit einer von den Militärs festgehaltenen Kaiser-Enkelin, der Prinzessin Aida, verheiratet ist – in der Eritrea benachbarten Provinz Tigre. Desgleichen Mesfin und Merid Biru, die Söhne der das amharische Hochland jahrzehntelang beherrschenden Familie des Ras Biru. Die meisten Bauern (ehemalige Leibeigene) im Gebirghinterland wissen überhaupt nichts vom Sturz des Kaisers; dementsprechend ablehnend ist ihre Haltung gegenüber den vom Koordinationsrat ausgesandten Beamten zur Durchführung der Landreform. Großbauern bestellen ihre Felder nicht mehr und

schaffen ihr Kapital ins Ausland. Korrespondentenberichten zufolge soll in Nord-Schoa, dem Kernland Äthiopiens, ein Bauernaufstand mehrere hundert Tote gefordert haben.

Ethiopia tikgem oder Eritrea First? Die Vermittler in dem Konflikt, Sudans Staatschef und Kommunistenschlächter Numeiri, Libyens Kommunistenfresser Ghadafi und Saudiarabiens König und Liebkind Amerikas Feisal dürften ihre Rolle mehr als Beteiligte an dem Pokerspiel auffassen, hinter dem ein überaus mächtiger Kiebitz steht: der US-Imperialismus, der in Eritrea seinen größten Militärstützpunkt in Afrika hat. Auf dem Spiel stehen die Interessen von Eritrea und Äthiopien. ■

## Betrifft: Nah-Ost

In der "offensiv links" Nr. 9/10 wurde eine Diskussion eröffnet, die eine Reihe strategisch wesentlicher Fragen nicht nur antiimperialistischer Solidarität, sondern revolutionärer Politik überhaupt anspricht: Der Nahostkonflikt hatte zwar nie nur lokale Bedeutung (die daran beteiligten Nationen waren immer schon Spielball imperialistischer Sonderinteressen), aber durch eine Reihe ökonomischer (Erdöl im besonderen) und militärischer Faktoren (modernste Bewaffnung, möglicherweise atomar) hat dieser Spielball eine gewisse Eigendynamik erhalten. Dieses Spiel von wechselseitiger Beeinflussung imperialistischer Außenpolitik der USA und Europas und veränderter Situation in den ehemals antiimperialistischen arabischen Ländern soll nun näher untersucht werden, um daraus Schlußfolgerungen für die antiimperialistische Aufklärungsarbeit der Linken zu ziehen.

### DIE SITUATION BIS ZUM JUNIKRIEG 1967

Spätestens der Zweite Weltkrieg hatte die ehemals starke Stellung Großbritanniens vernichtet und damit dem US-Kapital die Möglichkeit zum Eindringen in die ehemals britischen Kolonien gegeben. Der mit antiim-

perialistischer Ideologie geführte Kampf der jüdischen Siedler in Palästina hatte damit eigentlich nur die Funktion, dem US-Imperialismus zum Durchbruch zu verhelfen, zumal es der britischen Besatzungsmacht von allem Anfang an meisterhaft gelungen war, die zionistischen Siedler gegen die arabische Bevölkerung auszuspielen und damit einen gemeinsamen antiimperialistischen Kampf unmöglich zu machen.

So bildete sich in der Nachkriegszeit im Nahen Osten im wesentlichen ein Konfliktherd zwischen unmittelbaren Brückenköpfen des Imperialismus (Israel, Persien) einerseits und einer – meist auf antiimperialistischer Massenbewegung gestützten – traditionell antiimperialistisch eingestellten Kleinbourgeoisie andererseits heraus. Die Sowjetunion konnte durch ihre Unterstützung für die arabische Welt dort immer stärker Fuß fassen, sodaß ihre Stellung dort bis zu dem Zeitpunkt ungefährdet war, bis sich die arabischen Bourgeoisien entsprechend entwickelt hatten und die "Normalisierung" ihrer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern für sie eine unmittelbare ökonomische Notwendigkeit wurde.

Dieser Prozeß läßt sich am deutlich-

sten im Niedergang des "Nasserismus" im Gefolge der Niederlage Ägyptens, Jordaniens und Syriens im Junikrieg 1967 aufzeigen: Während die arabischen und speziell die palästinensischen Massen von ihrer Führung desillusioniert sind und – im großen und ganzen wieder unter Führung der radikalen Kleinbourgeoisie – die Verschärfung der antiimperialistischen Variante des "islamischen Sozialismus" fordern, beginnt die arabische Bourgeoisie offen mit ihren Versuchen, durch den Anschluß an den westlichen Kapitalmarkt die Kapitalentwicklung zu beschleunigen. Mit Nassers Tod hat die ägyptische Bourgeoisie in Sadat den idealen Nachfolger.

### VERFLECHUNG DES IMPERIALISTISCHEN KAPITALS MIT DER ARABISCHEN BOURGEOISIE

Betrachten wir weiterhin das ägyptische Beispiel. Sadat verfolgte von vornherein eine Politik, die der ägyptischen Bourgeoisie die ersehnten Kapitalentwicklungsmöglichkeiten liefern sollte. Seine Unterstützung des Rogers-Plan zur Befriedung des Nahen Ostens, der aber an der Ablehnung der palästinensischen Massen als auch der expansionistischen Führung Israels scheiterte, stand durchaus nicht im Widerspruch zu seinen anfänglichen

**Verhandlungen um eine libysch-ägyptische Föderation.** Hatte Ghadafi als Exponent des radikal antiimperialistischen Flügels der Kleinbourgeoisie vor allem die politische Seite im Auge, also die nasseristische Tradition des "islamischen Sozialismus", so ging es Sadat vor allem um den libyschen Kapitalüberschuß, der der ägyptischen Bourgeoisie zu Gute kommen sollte.

Mit dem libyschen Anspruch zerbrach denn auch diese Lösung, und Sadat konnte ungehindert einen neuen Partner hervorzaubern, einen der reaktionärsten arabischen Politiker überhaupt: König Feisal von Saudiarabien; die Kapitalinteressen der ägyptischen Bourgeoisie hatten endgültig über die antiimperialistischen der Massen triumphiert.

Freilich, Sadat war weiterhin auf die Unterstützung der Massen angewiesen. Seine Legitimationsbasis gegenüber den fortschrittlichen Kräften war immer seine lautstarke Anti-Israel-Politik. Als in Ägypten immer stärker soziale und politische Konflikte aufbrachen, erblickte Sadat seine große Chance in einem Überraschungsangriff gegen Israel; ermuntert von Feisal, der damit seine Chance sah, seinen bisher geringen politischen Einfluß auf die arabische Welt zu steigern. Mit dem Oktoberkrieg 1973 gelang dem Duo Sadat-Feisal denn auch der entsprechende Coup: Das Mißtrauen der arabischen Massen zunächst einmal zu beruhigen.

Im engen Zusammenhang damit gelang der große Erdöl-Bluff: Auf der Kuweiter Konferenz im Anschluß an den Oktoberkrieg 1973 wurden gerade die reaktionärsten arabischen Länder die schärfsten Verfechter der "Erdölwaffe". Da diese Leute ja nicht plötzlich über Nacht zu den großen antiimperialistischen Führern geworden sein konnten, mußte diese "Waffe" anderen Gesetzen als denen des Befreiungskampfes dienen: Sie gehorchte denn auch den Gesetzen des kapitalistischen Marktes. Schon kurze Zeit später wurde offensichtlich, daß die Ölkonzerne an der Preiserhöhung mindestens ebensostarkes Interesse an dieser "Waffe" hatten, wie die reaktionären arabischen Machthaber.

Daß sich die Erdölwaffe nicht unmittelbar gegen die imperialistischen Länder richtete, zeigt sich unter anderem auch daran, daß es eine Reihe von ökonomischen Maßnahmen gegeben hätte, die die kapitalistischen Länder in weitaus größere Schwierigkeiten hätte bringen können, etwa gezielte Spekulation am Währungssektor etc. Durch den Einsatz der "Ölwaffe" war es den arabischen Ländern lediglich gelungen, die Anlagesphären für die heimische Bourgeoisie zu verbessern und damit eine doppelte Verfilzung mit dem kapitalistischen Weltmarkt zu erlangen: Einerseits durch die verstärkten Investitionen durch die Abnehmerländer in der arabischen Welt, andererseits durch die Anlagemöglichkeiten der arabischen Kapitalisten im ohnehin kapitalhungrigen EG- und USA-Raum. Durch die neue Entwicklung werden die arabischen Länder weitaus stärker in das kapitalistische Wirtschaftssystem integriert als dies je vorher der Fall war. Entsprechendes haben die arabischen Massen davon zu erwarten.

#### SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE SOZIALISTISCHE AUFKLÄRUNGSARBEIT

Mit dem wachsenden Einfluß der reaktionären arabischen Regimes ist wohl eine differenziertere Nah-Ost-Solidarität von Nöten, als dies häufig in der Linken der Fall war. Es ist zum Beispiel nicht einzusehen, warum sich Sozialisten für verbesserte Profitchancen der arabischen Bourgeoisie, sei es am Energiesektor, sei es bei ihren Investitionen in den Industrieländern, einsetzen sollten. Das

sollen sich die Kapitalisten schön selbst untereinander ausmachen.

Auch die PLO ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Ihre Anerkennung durch die reaktionärsten arabischen Regimes (de jure und de facto) und doch die kapitalistischen Länder (de facto) ist nicht nur auf den Kampf des palästinensischen Volkes zurückzuführen, sondern viel stärker auf die Notwendigkeit der Sicherung eines halbwegs störungsfreien Weltmarktes. Auch die Sowjetunion unterwirft sich dieser Logik. Die gemäßigte PLO-Führung spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Als Sozialisten müssen wir uns im wesentlichen nur für die Prinzipien einsetzen, daß keine Nation eine andere unterdrücken darf. Eine Nah-Ost-Lösung muß deshalb der Tatsache gerecht werden, daß es ebenso eine jüdisch-israelische als auch eine arabisch-palästinensische Nation gibt, für deren Rechte wir einzutreten haben. Die Zerstörung des Staates Israel isoliert zu propagieren, noch dazu als Tagesforderung, übersieht diesen Zusammenhang.

Es übersieht auch den Faktor, daß die Chancen für einen antiimperialistischen Befreiungskampf im Nahen Osten nur in einem gemeinsamen Kampf der unterdrückten palästinensischen Massen mit der israelischen Arbeiterklasse liegen. Die zionistische Propagandamasche zieht bei den israelischen Massen immer weniger: Ebenso wie in Ägypten steht die herrschende Klasse unter einem wachsenden Druck der Bevölkerung. Diese Kämpfe richtig anzuleiten, ist Aufgabe der Revolutionäre im Nah-Ost-Raum. Diese Kämpfe haben wir zu unterstützen. Ronald Pohoryles

## Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME .....

ADRESSE .....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50, - (inkl. Porto)  
für das Ausland: S 50, - (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

## SOZIOLOGIE:

### ■ Das Ministerium schafft klare Verhältnisse

Bekanntlich lehnen die Soziologie-studenten die Diplomstudienordnungen und insbesondere den neuen Studienplan ab. Das Ministerium reagierte im Herbst mit einem Erlaß, der kurzerhand allen Soziologiestudenten, die mit dem neuen Studienplan nicht einverstanden waren, das "ordnungsgemäße Studium" und damit den Studienabschluß verbot.

Nach dem zweitägigen Warnstreik der Studenten herrschte große Konfusion: einerseits war man sich über den rechtlichen Charakter des Briefes nicht einig, andererseits konnte keine Klarheit über die "politische Linie" in der Abwehr der Bedrohung gefunden werden. Die große Mehrheit der betroffenen Studenten zog sich abwartend zurück. Vorher hatte noch eine Projektgruppe der IG in einem Brief an das Ministerium rechtlich zu argumentieren versucht.

Nun kam endlich die Antwort des Ministeriums: Unmittelbar zu Semesterende, am 30. Jänner 1975, wurde stillschweigend ein neues Schriftstück am Soziologischen Institut aufgehängt. Was kaum ein Student mehr lesen konnte, beendete die letzten Hoffnungen, die Auseinandersetzung mit einem Kompromiß beizulegen. Mit wüstem Paragraphenbombast argumentiert der verantwortliche Oberbürokrat, ein gewisser Sektionschef Dr. Brunner, den seiner Meinung nach "nicht überzeugenden" Brief der Studenten nieder und entwickelt seine eigene, spitzfindige Interpretation.

So führt er das gesetzlich zugesicherte Recht der Studenten, zu jeder Lehrveranstaltung Prüfungen abzulegen, dadurch ad absurdum, daß für den Studienabschluß nur "vorgeschrieben" abgelegte Teilprüfungen anerkannt werden – und solche kann es vor dem Beschluß eines Studienplanes natürlich nicht geben. (Obwohl kein Mensch noch weiß, worin der konkrete Unterschied zwischen einem "normalen" und einem "vorgeschriebenen" Kolloquium bestehen soll). Mit beispielloser Präpotenz wird begründet, warum in Zukunft für niemanden anrechenbare Lehrveranstaltungen vor leeren Wänden gehalten werden sollen: ...

# Uni-News

die "Systematisierung der Soziologie" muß vorangetrieben werden... und Lehrveranstaltungen ohne Studenten sind für das Ministerium anscheinend das geeignete Mittel dazu.

– Macht nichts, die Arbeiter zahlens ja, auch wenn die absurde Logik der Bürokraten die ärgsten Bocksprünge macht... Diese Liste von Brunners Tragikomödien ließe sich noch beliebig fortsetzen, der Brief des Ministeriums wäre eine ergiebige Quelle, wenn nicht schon durch diese wenigen Beispiele eines ganz deutlich gezeigt würde: das Ministerium schaltet im Kampf mit den Studenten auf stur, offensichtlich hat in dem Bemühen, die Hochschulen noch direkter unter Kontrolle zu bringen, die Liquidierung der "linken Hochburg" Soziologie eine zentrale Bedeutung.

## ARCHITEKTUR:

### ■ 3-Semester-Frist gefallen!

Bereits im Herbst konnten die Architekturstudenten durch eine Institutsbesetzung die Einführung eines indirekten Numerus Clausus (drastische Beschränkung der Teilnehmerzahlen der Einführungslehrveranstaltungen) verhindern.

Nachdem das Ministerium auf die im Dezember gestellte Forderung nach Fall der 3- und 6-Semester-Fristen nur äußerst verschwommene Antworten gab, wurde nach einer Hörerversammlung das Rektorat besetzt – und siehe da – einige Stunden dauerte es nur, und ein Brief des Ministeriums wurde geschickt, in dem zugesichert wurde, daß "die 3-Semester-Frist für alle technischen Studienrichtungen ausgesetzt ist". Betreffend die 6-Semester-Frist wurde keine definitive Zusage gemacht, worauf von den Studenten ein Ultimatum bis 7. April für diese Frage gestellt wurde.

Ausschlaggebend für dieses rasche Nachgeben des Wissenschaftsmini-

steriums dürfte die relativ unklare rechtliche Situation bei den technischen Studienrichtungen sowie die Tatsache gewesen sein, daß erstmals nicht nur die organisierten Studenten, sondern fast alle aktiv gegen die Einführung solcher Fristen auftraten. Zur Nachahmung empfohlen!

## KRIMINALISIERUNG:

### ■ Verfahren eingestellt!

Die Verfahren gegen die fünf Physikstudenten, die beim Streik gegen die Studienordnung eine führende Rolle gespielt haben, wurden eingestellt. Ein Erfolg der – zwar geringen, aber immerhin – Mobilisierung der studentischen Öffentlichkeit gegen solche Ansätze.

### ■ Numerus clausus für Ausländer

Schritt für Schritt – und wie immer hauptsächlich in den Ferien – setzt das Ministerium die repressiven Maßnahmen der Studienreform durch. Ab Semesterbeginn werden nur noch diejenigen Ausländer aufgenommen, die sowieso in ihren Heimatländern hätten studieren können oder zumindest 80% (!) der Höchstnoten in ihrem Reifeprüfungszeugnis aufweisen. Wenn man die Situation in den Ländern kennt, aus denen ein Großteil der ausländischen Studenten kommt, bleibt nur eines festzustellen: es wird Sache der fortschrittlichen Studentenbewegung sein, Schritte gegen solche Maßnahmen einzuleiten.

# Deine Versicherungen durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 74 302

# Arbeiterklasse Österreich G.m.b.H.

Zweigstelle der ARBEITERKLASSE INTERNATIONAL LTD.

Ihr Zeichen: 

Unser Zeichen: 

**Betrifft:** SOZIALPARTNERSCHAFT

Lieber Arbeit"geber"!

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben von seit 1945 können wir nicht umhin, in der genannten Angelegenheit endlich eine Antwort auf den vielzitierten Interessensausgleich zu geben.

Betrachten wir uns also Ihre Interessen!

Beginnen wir mit der Kostenseite! Kosten müssen, das wußten bis jetzt nur Sie, liebe Arbeit"geber", niedrig gehalten werden. Auch Löhne sind Kosten, müssen daher unten bleiben. Nun haben wir die Differenz zwischen den Erlösen und Kosten bisher fälschlicherweise als Profit bezeichnet, obwohl Sie, verehrte Herren, uns immer darauf hingewiesen haben, daß das der dem Arbeit"geber" zustehende Unternehmerlohn ist – ein Lohn also. Da wir mittlerweile gelernt haben, daß Löhne niedrig sein müssen, schlagen wir als erste Maßnahme zum Interessensausgleich vor, die Unternehmerlöhne zu kürzen. Direktoren, Aufsichtsräte, Vorstandsmitglieder etc. erhalten ab sofort weniger – und schon sind wir der Partnerschaft ein Millimeterchen nähergekommen.

Der zweite Schritt: die Preisseite. Auch hier könnten wir durchaus Übereinstimmung erzielen. Preise müssen hoch sein – nur Narren bleiben beim Verkauf ihrer Waren hinter dem allgemeinen Preis- und Gewinnniveau zurück. Und Narren, sehr geehrte Herren Arbeit"geber", wollen wir nicht mehr sein, seit wir mit Ihnen in "sozialem" und partnerschaftlichem" Kontakt stehen – Sie müßten sich ja dann für Ihre dummen Partner schämen. Deshalb werden wir den Preis für unsere Ware, die Ware Arbeitskraft, kräftig erhöhen, um von Ihnen nicht für dumm gehalten zu werden.

Natürlich wollen wir uns nicht nur materiell Ihnen angleichen, auch, mit Verlaub, nach geistigen und kulturellen Interessensausgleich gelüftet es uns. Und hier bieten sich eine Menge Klischees an: Wir werden also Golf spielen, reiten, Wasserski fahren und Roulette spielen lernen, um Ihnen nacheifern zu können. Selbstverständlich wollen wir auch auf die Uni gehen und uns Ihr Wissen aneignen sowie Auslandsreisen unternehmen, um in die sprichwörtliche Weltmännlichkeit der Kapitalisten (wenn auch nicht unbedingt der österreichischen) hineinzuriechen.

Mit sozialistischen Grüßen

Ihre Arbeiterklasse

P. S.: Sind Sie sicher, verehrte Arbeit"geber", daß "Sozialpartnerschaft" das ist, was Sie wollen?

(Gekürzt aus: "Roter Börsenkrach", Sondernummer über Sozialpartnerschaft)

# MUSIK-DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

## CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Gr.Mohrengasse)

Tel: 24-70-402

- 7.3. Hermann Langhein **Widerstand gegen den Faschismus in Österreich**
- 8.3. Wolfgang Znidaric **Wiener Meuchelmorde** Texte & Songs  
Walter Pollak
- 14.3. **Lotta continua:** revolutionäre Strategie in Italien
- 15.3. Diskussion mit den **Jugendzentren in Selbstverwaltung**  
Hausbesetzern
- 21.3. Hans Steiner **Situation in England**
- 28.3. Interproduktion präsentiert **'Beatles in memoriam'** 2. Teil \* Film & Tondokumentation

22.3. \* **Frühlingsfest** \* 22.3.

4.4. Zsolt Patka **Die neue Arbeiterklasse**

*jeden Montag:*

**AKTUELLER ABEND**

Geöffnet Montag, Freitag und Samstag ab 19Uhr

Diskussionsbeginn 19Uhr30